H 8040 F
Nummer 62
Jan./Feb. 00
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Otto (von) Habsburg: Möchtegern-Kaiser von Pan-Europa

In diesem Heft:

Porträt der „Paneuropa Union“ • „Christian Identity Movement“ in den USA • Kontinuitäten in der Politischen Bildung • Jenaer Burschenschafter • „Wehrmachtsausstellung“ • Entschädigung

In diesem Heft

Editorial

Auch der Wechsel in das Jahr 2000 blieb nicht frei von neofaschistischen Aktivitäten. Der für den 31.12.1999 in Halle geplante Neonazi-Aufmarsch wurde zwar verboten, dennoch kam es zum Jahreswechsel in verschiedenen Städten zu Angriffen auf Migrantinnen und Migranten. Bereits kurz vor Weihnachten wurden AntifaschistInnen in Göttingen von Seiten der Polizei vor Briefbomben-Anschlägen gewarnt. Auch wenn diese Anschläge nicht realisiert wurden, wurde doch deutlich, dass die von Neonazis ausgehende Gefahr nicht nur für Nicht-Deutsche zunimmt. Schwarze Listen, Anleitungen für den Bombenbau und zahlreiche Waffen in den Händen der Neonazis lassen mittlerweile auch die Öffentlichkeit erahnen, dass rechter Terror wie jüngst in Norwegen in der Bundesrepublik Deutschland Realität werden könnte.

Maßnahmen, wie beispielsweise die Veröffentlichung von Namen und Fotos führender Neonazis durch die vier größten schwedischen Tageszeitungen, wären in der Bundesrepublik sicher undenkbar, aber immerhin wird der Gewalttätigkeit des militanten Neofaschismus mehr Aufmerksamkeit gewidmet - jedenfalls sofern er nicht „nur" gegen MigrantInnen gerichtet ist.

Weniger beachtet wird allerdings das Umfeld, das erst das Klima schafft, in dem die militanten Rechten agieren können. Deshalb steht die sogenannte Braunzone, stehen die etablierten Rechtskräfte, die weit weniger auffällig völkisches, nationalistisches und auch rassistisches Gedankengut transportieren, im Mittelpunkt dieses RECHTEN RANDES. Seien es die Verbindungsstudenten, die ihre Veranstaltungen von Nazis schützen lassen, seien es Konservative, die mit ihrer Argumentation gegen Bauwagensiedlungen Neonazis Steilvorlagen liefern, seien es Altnazis, die maßgeblich die politische Bildung in der Anfangsphase der Bundesrepublik bestimmt haben und für die Kontinuität völkischen Denkens sorgten oder seien es etablierte „Vertriebene", die mit dem Hebel „Volksgruppenpolitik" den dritten Versuch der jüngeren Geschichte zur Schaffung eines Groß-(Pan-) Europa starteten.

Sie alle - auch wenn sie sich mehr oder wenig glaubwürdig von den pöbelnden Nazischlägern distanzieren und deren Opfer bedauern mögen - schaffen den politischen Raum für rassistischen und faschistischen Terror, verbreiten die Ideologie völkischen und hierarchischen Herrschaftsdenkens und/oder befürworten Gewalt als legitimes Mittel der Politik.

Die Kontinuität rechter politischer Gedanken / Praxis immer wieder offenzulegen, den Versuchen entgegenzutreten, einen Schlußstrich unter die jüngere deutsche Vergangenheit zu ziehen, wird eine der Hauptaufgaben der antifaschistischen Bewegung der Zukunft sei. - Es gibt viel zu tun!

Der nächste RECHTE RAND erscheint Anfang März. Redaktionsschluss ist am 15. Februar 2000.

Termine

29. Januar 2000, Göttingen: Demo gegen Naziaufmarsch

29. Januar 2000, Hannover: Antifaschistische Sozialkonferenz: Vorwärts in die Vergangenheit?, 9.30 Uhr IGM-Verwaltungsstelle, Postkamp 10

Veranstaltungsreihe Faschismustheorien, Uni Wuppertal

27. Januar: Moderne Rationalität und Nationalsozialismus, Referent: Michael Bruch

31. Januar: Volksgemeinschaft und postfaschistische Normalität, **Referent: Clemens Nachtmann**

7. Februar: Ideologie und NS-Staat - Zur Faschismustheorie Alfred Sohn-Rethels, Referent: Manfred Dahlmann

Alle Veranstaltungen beginnen um 16.30 Uhr und finden im „Millways" (Fachschaftscafé des FB1) im Gebäude N, Ebene 11, Raum 42 statt.

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR Rolandstraße 16 30161 Hannover

Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
DRR-Redaktion@gmx.net

Druck:
Werkdruck Hannover

Erscheinungsweise:
6x im Jahr

V.i.S.d.P.: Klaus Harbart

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Gerd Alt, Jörg Kronauer & Samuel Salzborn

Europa der Volksgruppen

Ein Porträt der „Paneuropa Union"

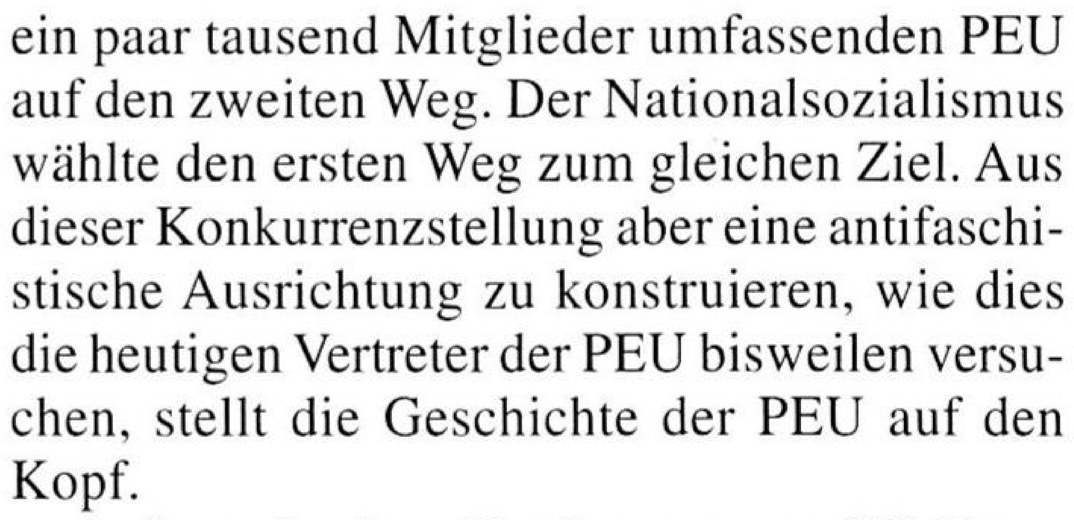
Auf ein „Pan-" also „Groß-Europa" zielt die Politik der 1922 gegründeten „Paneuropa Union" (PEU), deren Mitglieder sich seit 1973 um den erzreaktionären Beinahe-Kaiser Otto von Habsburg scharen. So wie die PEU eng mit der CSU und den sogenannten „Vertriebenenverbänden" verbunden ist, ist das von ihr projektierte Pan-Europa eng verwoben mit den Hegemonialmachtinteressen Deutschlands in Europa. Innerhalb der PEU hat die deutsche Sektion die absolute Vorherrschaft Deutschlands bereits vorweg genommen. Sie gibt in der Internationalen PEU unumstritten die Richtung vor.

An der Wiege der Idee eines Pan-Europas steht, folgt man der PEU-eigenen Geschichtsschreibung, die Eingebung des Gründers und jahrzehntelangen PEU-Führers Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi. Er überliefert sie - nicht ohne einen Anflug spätpubertären Größenwahns - wie folgt: „Gegen Ende 1919 drehte ich wieder einmal an meinem Globus [...] Plötzlich fiel mir die gerade Linie auf, die das demokratische Europa von der Sowjetunion trennt und die jenseits des Mittelmeeres ihre Fortsetzung findet in der Grenzlinie zwischen Britisch-Afrika und den Kolonien der europäischen Kontinentalstaaten." Und wie er so an seinem Globus weiter drehte, offenbarte sich ihm, dass die Welt in fünf Großräume gegliedert sei. Ihre Namen: Pan-Europa, Britisches Reich, Russisches Reich, Mongolische Reiche und Pan-Amerika. Der Makel Pan-Europas: dass es noch weitgehend desorganisiert sei, was insbesondere hinsichtlich seiner „weichen Ostgrenze" als problematisch zu gelten habe. Dies kann bereits als deutlicher Hinweis auf die bis heute fortbestehende strikt antikommunistische Ausrichtung der PEU gewertet werden.



Richard N. Coudenhove-Kalergi

Auch die völkische Ideologie wurde bereits in den 1920er-Jahren als grundlegendes Element in den paneuropäischen Politikansatz integriert. So schrieb Coudenhove-Kalergi, gleichwohl er von einem europäischen Kolonialreich in Afrika träumte, von einer „inneren Entkolonialisierung" Europas, der es Vorschub zu leisten gelte, denn „nationale Unterdrückung ist Imperialismus in der Innenpolitik". Wie eine solche „innere Entkolonialisierung" Europas mit deutschen Hegemonialinteressen kompatibel ist, beschrieb er 1926 in der Zeitschrift „Der deutsche Gedanke", die von Paul Rohrbach, einem Strategen des völkischen Imperialismus des Auswärtigen Amtes, herausgegeben wurde: „Darum ist Paneuropa-Politik nationale Politik auf lange Sicht. Für den nationalen Deutschen gibt es nur zwei Wege [...]: entweder die Vorbereitung eines Revanchekrieges gegen seine Nachbarn [...] oder aber die Vorbereitung Paneuropas, das allen Deutschen in Europa nationale Unabhängigkeit [...] gewährleistet." Für einen deutschen Sieg in einem solchen Revanchekrieg sah Coudenhove-Kalergi keine Chance, entsprechend orientierte er mit seiner ein paar tausend Mitglieder umfassenden PEU auf den zweiten Weg. Der Nationalsozialismus wählte den ersten Weg zum gleichen Ziel. Aus dieser Konkurrenzstellung aber eine antifaschistische Ausrichtung zu konstruieren, wie dies die heutigen Vertreter der PEU bisweilen versuchen, stellt die Geschichte der PEU auf den Kopf.



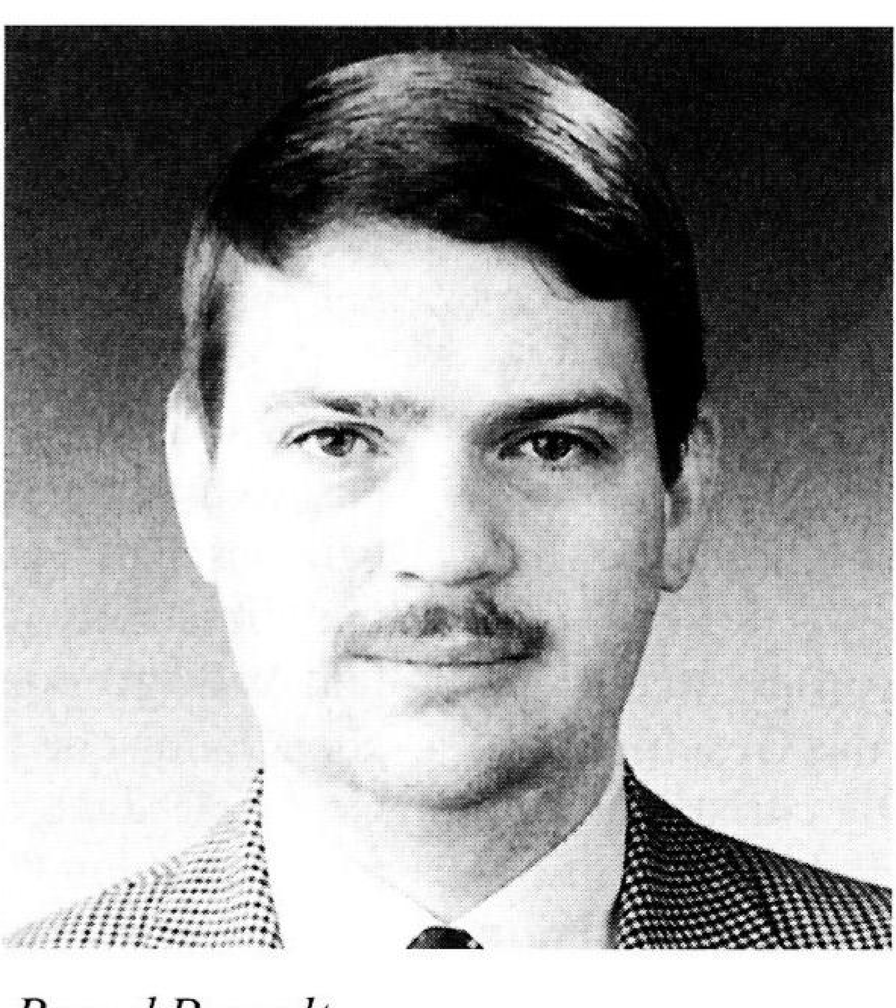
Aufgrund seiner Konkurrenz zur NS-Europavariante, die eine Großraumwirtschaft unter deutscher Hegemonie mit Mitteln purer Gewalt aufzubauen versuchte, musste Coudenhove-Kalergi während des Nationalsozialismus Europa verlassen. Unter Mithilfe seines Freundes Mussolini emigrierte er in die USA. 1946 nach Europa zurückgekehrt, startete Coudenhove-Kalergi unter wechselnden Organisationsnamen diverse Anläufe seine paneuropäische Perspektive erneut zu verfolgen. Aus der Not der Mitgliederschwäche eine Tugend machend, sollte in der PEU Mitte der 1950er-Jahre zunächst ein „Brain-Trust, in dessen Händen die Leitung der Bewegung liegen sollte", gebildet werden. Interne Querelen, die sich auch am autokratischen Führungsstil Coudenhove-Kalergis entzündeten, lähmten die PEU allerdings. Bis 1973 blieb sie politisch unbedeutend.

Otto von Habsburg, Rudolf Wollner (bis heute BdV-Vorsitzender in Hessen) und Egon Schwarz, letztere zwei Funktionäre des faschistisch durchsetzten „Witikobundes", nahmen nach dem Tod Coudenhove-Kalergis die Reorganisation der PEU in die Hand. Hintergrund dieser Reorganisation waren die eingeschlafenen Bemühungen der BdV-Führung - allen voran die Rudolf Wollners, des Organisators der BdV-Europakongresses Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre - den in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (1950) angelegten europäischen Ansatz zur Durchsetzung deutscher Interessen in der Basis zu verankern und vor allem auch konkret umzusetzen. 1974 führte Wollner die „Europarunde des BdV" und die PEU zusammen. Der BdV wurde korporatives Mitglied der deutschen Sektion der PEU, die dadurch mit einem Schlag zur Massenorganisation mutierte und dadurch in die Lage versetzt wurde, Großveranstaltungen zu organisieren.



Otto (von) Habsburg

Die Programmatik der PEU brachte ihr seit dem Tod Coudenhove-Kalergis unangefochtener neuer Frontmann Otto von Habsburg wie folgt auf den Punkt: „Wir sind Großeuropäer. Für uns ist die Linie, die im Februar 1945 in Jalta durch Nichteuropäer quer durch unseren Erdteil gezogen wurde, keine gültige Grenze [...] ein geeintes Westeuropa muss kraftvoll für die Dekolonialisierung ganz Europas eintreten." Von Habsburgs rechte Hand, der stellvertretende Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" und heutige Präsident der PEU Deutschland, Bernd Posselt (CSU-MdEP), sekundiert mit den Worten, dass ihm, Posselt, daran gelegen sei, die „alte Welt so zu stärken, dass sie (aus dem) 'selbstverschuldeten Protektorat' der USA" heraustreten könne. Grundsätzlich formuliert wurde diese Position in einer „Vierpunkteerklärung" der PEU von 1976. Dort hieß es: „Dekolonialisierung (darf) sich nicht auf Asien und Afrika beschränken. Auch Europa hat ein Recht, dekolonialisiert zu werden." Wie bei der so genannten Neuen Rechten existieren also auch für die PEU zwei „Feinde Europas", aus deren Einfluss es sich zu „entkolonialisieren" gelte. Allein die „Bestimmung des Hauptfeindes" differiert. Statt der USA war es für die Aktivisten der PEU die UdSSR, aus deren Einflusszone die Staaten Mittel- und Osteuropas zunächst „befreit" werden sollten.



Bernd Posselt

Gemäss dieser Vorgaben ging die PEU in den 1980er-Jahren daran, die Staaten Mittel- und Osteuropas zu unterminieren. Noch als parlamentarischer Mitarbeiter des auf CSU-Ticket ins Europaparlament gelangten Otto von Habsburgs entwickelte allen voran Posselt Undercover-Aktivitäten, mit denen er nationalistische Fanatiker, die sich als Vertreter von „Volksgruppen" in Mittel- und Osteuropa verstanden, unterstützte. Das Baltikum, das ehemalige Jugoslawien sowie die ehemalige Tschechoslowa-

kei und Polen waren bevorzugte Agitationsfelder der Paneuropäer. Ihren größten Coup landete die PEU aber in Ungarn, wo es von Habsburg in Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierung im Sommer 1989 gelang, ein „Paneuropa-Picknick" zu organisieren, anlässlich dessen einige hundert DDR-Bürger den Grenzübertritt nach Österreich vollzogen. Die Ungarn lösten nicht zuletzt so ihr Billett für die EU. Im Baltikum, der Tschechoslowakei und Jugoslawien mussten erst völkisch-separatistische Bewegungen mal friedlich, mal blutig ihre Eintrittskarte für die EU erkämpfen. Doch stets waren Paneuropäer als Vertreter des völkischen Separatismus mit von der Partie.

Konservatives Christentum

Als wollten sie Samuel Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen" auf eine verquere Weise bestätigen, orientieren die PEU-AnhängerInnen auf eine europäische Identität, die auf dem Christentum basieren soll. „Die Paneuropa-Union bekennt sich zum Christentum als Seele Europas", heißt es im „Bamberger Programm" der PEU Deutschland vom Juni 1996. Mit „Europa als christliche Wertegemeinschaft" ist dessen erster Abschnitt überschrieben - als Ausdruck der logischen Priorität, die die Durchsetzung gemeinschaftsstiftender Werte vor der Gewährung von Freiheiten und Rechten haben soll.

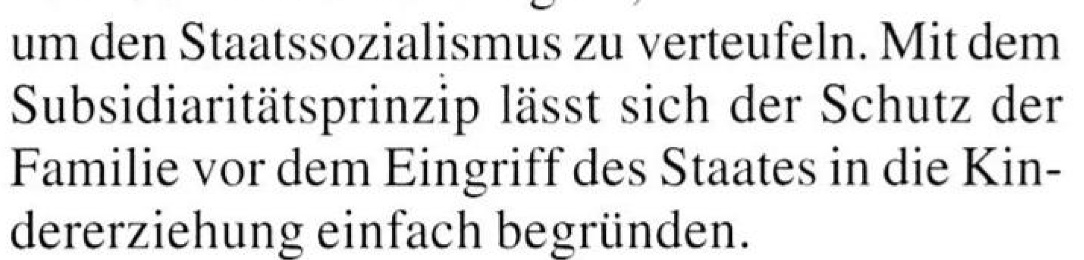
Rechristianisierung lautet also das Mittel, mit dem die Spannungen in einem geeinten Europa zugekleistert werden sollen, das von einem extremen Wohlstandsgefälle durchzogen sein wird: Glaubensgeschwister streiten sich nicht. Bei ihren Bemühungen, der Säkularisierung entgegenzutreten, arbeitet die PEU mit dem konservativen katholischen Klerus zusammen, nicht zuletzt auch mit dem Vatikan - Papst Johannes Paul II. wird PEU-intern gelegentlich mit der anerkennenden Bezeichnung „Paneuropäer" versehen. In der BRD hat die PEU ein besonders enges Verhältnis zu Benediktinermönchen entwickelt, deren Ordensstifter Benedikt in der katholischen Heiligenlehre als Patron Europas gilt.

Bestes Beispiel ist das oberbayerische Benediktinerkloster Andechs. In Zusammenarbeit mit einigen Mönchen, die sich der Idee eines Europa der Regionen verbunden fühlen, versucht die PEU Deutschland hier ein „christliches Europazentrum" aufzubauen. Zweimal im Jahr finden die „Andechser Europatage" der PEU statt; daneben hat sich das Kloster mit Konzertveranstaltungen und Bibelabenden als Zentrum christlich geprägter Kultur in Oberbayern etabliert. Langfristig wird eine Vernetzung solcher christlicher Zentren angestrebt.

Einig sind sich PEU und konservativer Klerus unter anderem darin, wie das Geschlechterverhältnis zu gestalten sei. Die christliche Ehe ist das paneuropäische Modell des Zusammenlebens von Mann und Frau – also diejenige Form des Patriarchats, in der die Ausbeutung der Arbeitskraft und der Sexualität von Frauen im trauten Heim vollzogen wird. Daran orientiert sich die Familienpolitik der PEU, die auf die Stärkung von Ehe und Familie abzielt, aber auch ihr Kampf gegen das Recht von Frauen, selbst über einen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden. Auf parlamentarischer Ebene können Vereinigungen ambitionierter Paragraf 218-VerschärferInnen regelmäßig auf den engagierten Einsatz paneuropäischer Abgeordneter zählen; Otto von Habsburg ist sogar Funktionsträger zweier „Lebensschutz"-Organisationen.


Dirk Hermann Voß

Die von der PEU betriebene Stärkung von Ehe und Familie passt zu einem ihrer Grundprinzipien: Dem Subsidiaritätsprinzip. Es untersagt, Aufgaben, die kleinere Sozialstrukturen ausführen können, an größere Sozialstrukturen zu delegieren. In der katholischen Soziallehre hat es seinen festen Platz, seit Papst Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno" von 1931 darauf zurückgriff, um den Staatssozialismus zu verteufeln. Mit dem Subsidiaritätsprinzip lässt sich der Schutz der Familie vor dem Eingriff des Staates in die Kindererziehung einfach begründen.



„Übergeordnete große Idee"

Mit dem Subsidiaritätsprinzip werden von der PEU auch Volksgruppenrechte begründet: Staaten dürften eben nicht in Angelegenheiten eingreifen, die Volksgruppen allein regeln könnten. „Natürliche Gemeinschaften (sind) der beste Schutz des Einzelnen in der Gesellschaft", heißt es in der „Vierpunkteerklärung" der PEU von 1976. Und "natürliche Gemeinschaften" seien eben Familie und Volk. So passt es auch zur katholischen Tradition, wenn die PEU bei ihrer Volksgruppenpolitik in Mittel- und Osteuropa nicht nur mit katholischen „Vertriebenenorganisationen", sondern auch bestens mit katholischen Bischöfen vor Ort zusammenarbeitet.

Die ideologischen Grundlagen dieser aktuellen europäischen Volksgruppenkomponente der PEU ist bereits von Coudenhove-Kalergi angelegt worden. Folgt man jenen Eingebungen, die er hatte, als er am Globus drehte, dann fällt es nicht schwer, die Komplexität von politischen Theorien zu begreifen: Eine „klare geographische Einheit, gestützt auf eine gemeinsame Kultur, Geschichte und Tradition" bilde Pan-Europa, so der Graf. Dass die bestehende Staatsgrenzen dieser Großraumplanung im Weg stehen, versteht sich von selbst.

Die PEU erstrebte seinerzeit und erstrebt auch heute noch vor allem „die Einigung ganz Europas als eine christliche, abendländische Wertegemeinschaft", wobei dies nur möglich sei durch die „freie Entwicklung aller Nationen, Völker und Volksgruppen" - sofern sie ins christlich, abendländische Bild passen. Prinzipiell, so der Co-Chefredakteur des PEU-Organs „Paneuropa Deutschland", Dirk Hermann Voß, gebe es gegenwärtig zwei Antworten auf die Frage nach dem „Sinn eines immer größeren europäischen Zusammenschlusses". Auf der einen Seite das Modell, nach dem man sich zusammenschließe, weil man sich „von der Gemeinschaft eine bessere Kosten-Nutzen Rechnung verspricht als von einer Vielzahl neben- oder gegeneinander agierender Einzelstaaten". Auf der anderen Seite stehe aber noch das – letztlich für die PEU mindestens genauso wichtige – Motiv des Zusammenschlusses ob einer „übergeordneten großen Idee", der man "zur Verwirklichung verhelfen will".

In einer „größeren Paneuropäischen Union, die einmal mindestens 26 Mitgliedsstaaten umfassen wird", philosophiert Voß weiter, bestehe die Gefahr, dass die „Union nach außen Handlungsfähigkeit" verliere und dass in „Abwehr gegen einen wuchernden Zentralismus allmählich die zentrifugalen Kräfte zunehmen und die Gemeinschaft schließlich unter dem Druck macht- und wirtschaftspolitischer Interessen Dritter nach dem Prinzip des ‚teile und herrsche' zerbrechen" könnte. Für Europa würde dies „wirtschaftlichen Niedergang, politische Balkanisierung und dauerhafte Fremdherrschaft" (sic!) bedeuten. Damit Europa auch künftig unabhängig über seine politische Zukunft entscheiden könne, müsse eine „europäische Verfassung mit klarer Kompetenzordnung der Europäischen Unionsregierung alle Befugnisse ausschließlich zuordnen, die den Lebensnerv der Union berühren: Die Verantwortung für die innere und äußere Sicherheit, das heißt für den Oberbefehl und den Einsatz europäischer Streitkräfte und eine europäische Bundespolizei, und für die Staatsfinanzen." Damit fordert Voß die Europäisierung genau derjenigen politischen Ressorts, die der Bundesrepublik die letztlich unangefochtene Vormachtstellung auf den Kontinent derzeit noch in Nuancen verbauen, nämlich im Bereich der Verteidigungspolitik das französische Mittel der force de frappe, also die Atommacht. In diesem Zusammenhang ist auch der bayerische Paneuropäer und Ingo Friedrich (CSU) zu verstehen, der Frankreich generös vorschlug, dass Deutschland bereit sei, gemeinsam mit Frankreich die Verantwortung für die französischen Atom-Test im Südpazifik zu übernehmen.

Als wesentliche Aufgabe neben der Erweiterung der Europäischen Union mitsamt der Herstellung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sieht der Internationale PEU-Präsident Otto von Habsburg die umfassende Realisierung eines „europäisches Volksgruppenrecht". Um die Europapolitik der PEU nicht im Kern zu verkennen, ist es notwendig, genau diese beiden Komponenten im Kontext zu betrachten. Denn die theoretische Grundannahme der PEU-Europapolitik ist eben die Existenz von Volksgruppen. Im „Bamberger Programm" (1996) erklärte die PEU etwa, dass sie für ein „geeintes Europa freier Menschen, Völker und Volksgruppen" eintrete und sich dabei zur „Vielfalt der europäischen Nationen, Kulturen und Traditionen als Ausdruck des reichen Erbes Europas" sowie zum „europäischen Patriotismus, der die nationalen Patriotismen ergänzt und krönt", bekenne.

Diese „Volksgruppen" kommen in der Überzeugung der Paneuropäer als kleine eigenständige regionalistische Parzellen daher, die jeweils über eigene historische, kulturelle, sprachliche, soziale und politische Identitäten verfügen sollen: „Territoriale Identität, Zusammengehörig-

keit und regionales Bewußtsein haben in der Landschaft eine konkrete, materiell faßbare Grundlage, die dem Regionalismus durch die Geschichte hindurch große Bestandskraft verliehen hat. Die Landschaft ist der stabilste Faktor der Politik", heißt es in „Paneuropa Deutschland".

Die auf diese Art konstruierten völkisch-regionalistischen Parzellen werden dabei auf zwei Weisen interpretiert. Zum einen als zugehörig zu einer nächstgrößeren Gesamteinheit (etwa im Falle der Bundesrepublik, in der so gut wie keine nicht-deutschen „Volksgruppen" existieren sollen), in der sie mit ihren angeblichen Eigenheiten (Dialekte, Trachten, vermeintliche kulinarische Köstlichkeiten etc.) fortbestehen, selbstredend ohne dadurch die Existenz der Gesamteinheit in Frage zu stellen. Zum anderen aber auch als solche Parzellen, die mit ihren jeweils konstruierten völkischen Traditionen nicht in den Nationalstaat passen sollen (bspw. die Basken) und somit den - wie die PEU es nennt - „nationalistischen Kleingeist und Provinzialismus" innerhalb der Europäischen Union überwinden helfen sollen. In dieser Logik erstrebt die PEU auch die Aufnahme derjenigen „europäischen Völker" in die EU, die die „entsprechenden Bedingungen auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts" erfüllen.

So ist es auch „positiver Volksgruppenschutz" als Lösungsansatz, den die PEU als „Präventivstrategie" vorschlägt, um die „Nationalitätenfrage (noch weitestgehend) ohne Antastung der bestehenden Staatsgrenzen nachhaltig zu regeln". Andernfalls, so die offen im PEU-Organ vom Präsidenten der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV), Christoph Pan, ausgesprochene Drohung, stehen „Frieden und [..] Stabilität in Europa" auf dem Spiel. In der Praxis wird sich hierzu im EU-Parlament bereits umfangreich Gremien wie etwa der Interfraktionelle „Arbeitsgruppe Minderheitensprachen" bedient, deren Vorsitz 1996 bei Bernd Posselt lag und deren Bedeutung sich, wie Posselt bemerkt, „von einem rein kulturellen Gremium zunehmend in eine wirksame Volksgruppenlobby" wandele.

Und das ist für die Realisierung des völkischen Programms der Volksgruppenpolitik auch mehr als nötig, denn, so Posselt, „jetzt geht es um nicht mehr und nicht weniger, als um den dritten Versuch in diesem Jahrhundert, Europa neu zu ordnen. Ein Fehlschlag wäre eine entsetzliche Katastrophe." Die Ergebnisse der voran gegangenen deutschen Ordnungsversuche sind bekannt.

Gudrun Hentges

Politische Bildung vor und nach 1945

Der NS-Erziehungswissenschaftler Theodor Wilhelm

In einer der neueren Ausgaben von „kursiv" (1/1999), einer Fachzeitschrift für politische Bildung, findet sich unter der Rubrik „Wieder gelesen ..." eine Replik auf das bereits 1951 erschienene Buch Friedrich Oetingers (Pseudonym von Theodor Wilhelm) mit dem Titel „Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als Aufgabe".

Der Verfasser, Tilman Grammes, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg, empfiehlt den Leser(inne)n: „Wer heute in der politischen Bildung über Bürgermodelle, Zivilgesellschaft und Kommunitarismus diskutiert, kann sich bei Oetinger/Wilhelm einiger der - ambivalenten – Wurzeln vergewissern. Erscheint die amerikanische Philosophie doch in urdeutschem Gewand, als halbierter Pragmatismus (...)."

NS-Ideologe Theodor Wilhelm

Theodor Wilhelm (geb. am 16.5.1906) wurde 1935 Schriftführer der "Internationalen Zeitschrift für Erziehung" und war von 1937 bis 1942 als Dozent an der Oldenburger Hochschule für Lehrerbildung tätig. Das genannte Periodikum sowie die Zeitschrift „Weltanschauung und Schule" wurden von Alfred Baeumler herausgegeben und waren führende NS-Zeitschriften des Fachgebiets.

Die „Internationale Zeitschrift für Erziehung" (IZfE) hatte - wie schon ihr Name sagt - eine über die Grenzen des Deutschen Reichs hinausgehende Ausrichtung. Herausgeber Baeumler und Schriftführer Wilhelm leiteten den 11. Jahrgang der IZfE 1942 mit den Worten ein, „daß die besten und dauerhaftesten Leistungen immer nur dort erzielt worden sind, wo ein Volk seinen ursprünglichen rassischen und geschichtlichen Kräften treu geblieben ist, und daß die aus diesen Kräften emporsteigende Persönlichkeit allein kulturschaffend ist."

Die im Anschluss an Oswald Spengler, Houston Stewart Chamberlain und Alfred Rosenberg vertretene These, dass nur rassische und geschichtliche Kräfte kulturschaffend wirken können, wurde in der IZfE anhand verschiedener europäischer Völker „durchdekliniert". Europa besitze, so Wilhelm in einem weiteren, gleichfalls 1942 erschienenen Beitrag, der die europäische Aufgabe der Erziehungswissenschaft bestimmt, „in der einzigartigen Ansammlung hoher rassischer Qualitäten alle Voraussetzungen für eine innerlich fest untermauerte politische Einheit."

Wilhelms Beitrag „Die kulturelle Kraft Europas im Kriege" (1944) dokumentiert, in welcher Weise der Erziehungswissenschaftler und spätere Ordinarius an der Universität Kiel die positive Bezugnahme auf „Europa" in den Dienst der Kriegspropaganda stellte. Die „geistige Kraft Europas" fungierte in der faschistischen Ideologie Wilhelms als „zweiter Festungswall", der hinter dem ersten, aus Panzern und Bunkern bestehenden Wall zu errichten sei. Der Krieg habe den positiven Effekt, dass das „Gefühl für die tiefe Gleichgerichtetheit des europäischen Lebensbildes" stetig zunehme und sich die europäischen Völker bewusst würden, „in diesem Kampfe ein gemeinsames Erbe zu verteidigen".

Keinerlei Zweifel ließ Theodor Wilhelm daran, dass das „Verhältnis der nationalen Kulturen der europäischen Völker untereinander" ein Verhältnis der „Mannigfaltigkeit in der Einheit" sein solle: „Wird die heranreifende politische Einheit Europas nicht die kulturelle Mannigfaltigkeit ersticken, die bisher der schönste Besitz des Abendlandes war?" - so seine rhetorisch gestellte Frage, die er folgendermaßen beantwortete: „Wer so sagt, weiß nichts von der Wesensverschiedenheit von Gemeinschaft und Kollektiv. Er verwechselt die Gemeinschaft der Völker Europas mit dem Kollektiv der bolschewistischen und der nordamerikanischen Staatenvereinigungen. (...) Die Gemeinschaft (...) lebt aus der Vielfalt und in der Besonderheit ihrer Glieder. Gemeinschaft ist die kräftigste Form der Einheit. Sie reißt ihre Glieder nicht aus ihrem natürlichen Nährboden heraus, sondern besteht im Gegenteil in einem unaufhörlichen Strom wechselseitiger Befruchtung."

Wilhelms Propagierung des Europagedankens stand im Einklang mit der europäischen Ausrichtung der Waffen-SS sowie mit außenpolitischen (Nachkriegs-)Konzeptionen des NS-Staates. Im September 1943 legte das Auswärtige Amt einen „Entwurf für eine Denkschrift (...) über die Schaffung eines ‚Europäischen Staatenbundes'" vor, der eine föderative Lösung der europäischen Frage befürwortete und Pläne für die Errichtung eines „Europäischen Staatenbunds" enthielt. Das Auswärtige Amt warnte in seinem Dokument - in ähnlicher Weise wie Theodor Wilhelm - vor einer „Uniformisierung der europäischen Völker" und stellte die Behauptung auf, der „einzigartige Reichtum, über den das räumlich kleine Europa verfüge", beruhe „auf der Mannigfaltigkeit seiner Lebensformen und geistigen Volksindividualitäten".

Wilhelm benannte in seiner Untersuchung der Auswirkungen des Krieges auf kulturellem Gebiet folgende Dimensionen: erstens die „neue Begründung des Kulturbegriffs", zweitens die „Ausschaltung raumfremder Einflüsse", drittens den „Kampf gegen die Verstädterung", viertens die Tatsache, dass Europa im Begriff sei, „Judentum und Freimaurerei gänzlich aus dem nationalen Leben auszusperren", und fünftens den „neue(n) Geist der europäischen Jugenderziehung".

Eingegangen werden soll an dieser Stelle lediglich auf die vierte Dimension, auf Theodor Wilhelms Antisemitismus. Die große Errungenschaft des Krieges, behauptete Wilhelm, bestehe darin, dass sich die verschiedenen europäischen Völker des Judentums entledigten. Die Bedeutung dieser Tatsache werde dadurch un-

terstrichen, dass sich, „je länger der Krieg dauert, um so unheimlicher der innere Zusammenhang zwischen dem jüdischen Weltbild und der vom Bolschewismus angestrebten Weltversklavung offenbart." Triumphierend zog Theodor Wilhelm Anfang 1944 Bilanz: „Die gefährlichste Bastion einer nur zersetzenden, niederreißenden, in Frage stellenden, niemals aus der Tiefe des Blutes befruchtenden und daher niemals fortzeugenden Intellektualität ist gefallen. Der europäische Geist ist auf seinem Wege zu sich selbst um ein Hindernis leichter geworden."

In dieser Äußerung verdichten sich zentrale antisemitische Stereotypen: die Identifizierung des Judentums mit dem Bolschewismus, die Warnung vor den Juden als einem (staats- und volks)zersetzenden und verneinenden Element, der Rekurs auf die Blut-und-Boden-Ideologie sowie die Behauptung, dass der europäische Geist - seinem Ursprung nach – frei von jüdischen Einflüssen gewesen sei. Und nicht nur das: Die von Wilhelm publizierten Äußerungen dokumentieren seine deutliche Parteinahme für die Vernichtungspolitik, die „Endlösung der Judenfrage".

Bereits zwei Jahre zuvor hatte sich Wilhelm zu der Behauptung verstiegen, „der Europäer" und „das europäische Bewußtsein" als erstrebenswerte Bildungsziele seien von jüdischer Seite erfunden worden, um „die letzten Reste gesunder Widerstandskräfte, die den wirtschaftlichen und politischen Zielen des Judentums in Europa im Wege standen, vollends zu neutralisieren." Steht die von Wilhelm heraufbeschworene Gefahr nicht im Widerspruch zu seiner oben angeführten ideologischen Ausrichtung auf „Europa"? Keineswegs, denn die von ihm vertretene Europakonzeption verfolgte nicht das Ziel der Verschmelzung oder Uniformierung, sondern zielte auf ein Nebeneinander verschiedener europäischer Völker und Volksgruppen.

In seiner Funktion als Schriftführer der IZfE war Wilhelm verantwortlich für die Rubrik „Umschau". Ein darin erschienener Artikel, überschrieben mit „Erforschung der Judenfrage", zitiert ausführlich aus der Rede „Nationalsozialismus und Wissenschaft", die Alfred Rosenberg anlässlich der Eröffnung des Frankfurter „Instituts zur Erforschung der Judenfrage" am 26. März 1941 gehalten hat. Rosenberg zufolge bestand die Aufgabe des Krieges darin, „alle jene blutmäßig verseuchten Keime, die (sich) vom Judentum und seinen Bastarden (...) inmitten der europäischen Völker entwickeln konnten", auszutilgen; er sprach sich dafür aus, ein „jüdisches Reservat" zu errichten, in dem die Juden zu harter Arbeit gezwungen werden sollten.

Theodor Wilhelms politische Positionierung lässt keinerlei Zweifel daran, dass er als Schriftführer, Redakteur und Autor einer international ausgerichteten faschistischen Zeitschrift Kriegspropaganda betrieben, rassistische und antisemitische Ideologie verbreitet und die Vernichtung der Juden befürwortet hat. Wahrscheinlich hat er als Dozent an der Hochschule für Lehrerbildung in Oldenburg in vergleichbarer Weise dazu beigetragen, den Lehramtsstudent(inn)en die Ideologie des NS-Staates zu vermitteln.

(K)ein Wendepunkt der politischen Erziehung?

Wie verlief Theodor Wilhelms Karriere nach der Kapitulation des Deutschen Reiches und dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Zunächst als Studienrat tätig, bekam Wilhelm 1951 eine Professur an der Pädagogischen Hochschule Flensburg, 1959 wurde er an die Universität Kiel berufen und war dort bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1972 Ordinarius für Erziehungswissenschaften.

In welcher Weise hat sich Theodor Wilhelm nach 1945 wissenschaftlich hervorgetan? Anfang der 50er Jahre erschien eine Monographie mit dem Titel „Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe", deren Verfasser - ein gewisser Friedrich Oetinger - der Fachwelt unbekannt war. Erst nach einiger Zeit stellte sich heraus, dass es sich dabei um ein Pseudonym handelte, hinter dem sich eben Theodor Wilhelm, der ehemalige Dozent an der Oldenburger Hochschule für Lehrerbildung und Schriftführer einer führenden NS-Zeitschrift, verbarg.

Oetinger verkündete im ersten Kapitel seines Buches das „Ende der Staatsbürgerlichen Pädagogik". Seine Kritik galt sowohl der Staatserziehung im Sinne Eduard Sprangers und Theodor Litts als auch der Nationalerziehung nach 1933. Die staatsbürgerliche Erziehung begann nach Oetinger mit der Gründung des Deutschen Kaiserreiches und endete im Jahre 1933. Diese Form der Erziehung war zum Scheitern verurteilt, da „bei uns das Staatliche niemals der natürliche Ausdruck des Nationalen war." Seine Kritik am Konzept der staatsbürgerlichen Pädagogik und damit auch am defizitären deutschen Staat lässt erkennen, dass Oetinger der Vorstellung anhing, Nation und Volk existierten unabhängig von einem staatlichen Gebilde, die Nation sei keineswegs ein „plébiscite de tous les jours" (Ernest Renan), sondern Nation und Volk seien vorpolitsche und damit natürliche Einheiten und der Staat sei bzw. solle sein die zwangsläufige Konsequenz - der „natürliche Ausdruck" - der ihm vorausgehenden Nation und des ihm vorausgehenden Volkes. Positionen wie hier von Oetinger vertretene sind keine Außenseiterpositionen, ganz im Gegenteil: Der vorstaatliche Volksbegriff hat sich - im Gegensatz zum politischen Volksbegriff, der in Frankreich dominiert - im deutschen Staats- und Verfassungsrecht durchsetzen können und ist (...) zentraler Bestandteil der völkischen Ideologie.

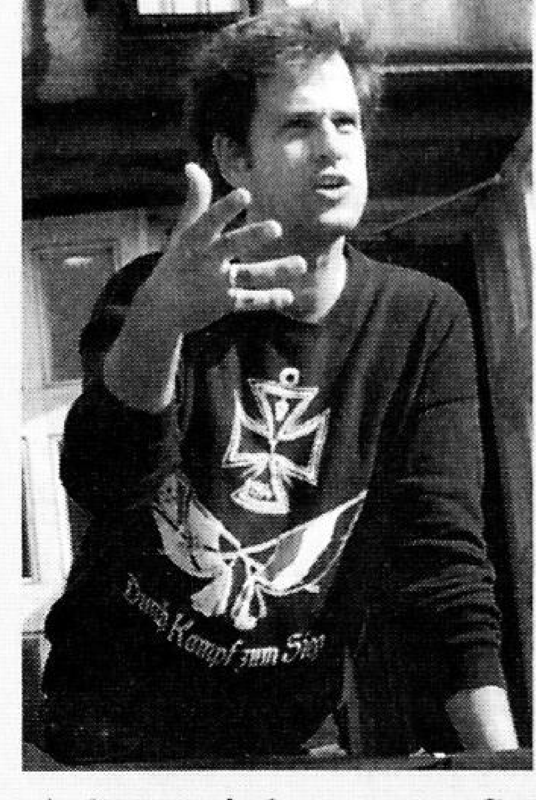
Gegenüber der staatspolitischen Erziehung des Kaiserreiches und der Weimarer Republik bewertet Oetinger die nationalpolitische Erziehung als einen Schritt in die richtige Richtung: Hitler appellierte, so fasst Oetinger die wesentlichen Entwicklungen nach 1933 zusammen, an die „Sehnsucht nach Gemeinschaft" und an das „Freiheitsbedürfnis des deutschen Volks". An die Stelle des „Staats" war das „Volk" getreten. Diskreditiert hatte sich die nationalpolitische Erziehung in den Augen Oetingers nicht etwa wegen ihrer rassistischen, antisemitischen oder nationalistischen Implikationen, sondern weil sie in der Praxis pervertiert wurde. In der Nachkriegsschrift „Wendepunkt der politischen Erziehung" liest sich dies folgendermaßen: „Das Unfaßliche konnte geschehen: die Lehre vom Volk, die schönste Frucht deutscher geschichtlicher Forschung, dieselbe Volkslehre, die einst Herder beflügelt und Jahn begeistert hatte, die Lehre vom Volk als der konstanten elementaren

„Unversöhnliche Rache"?

Der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat sich in einem Brief an den italienischen Staatspräsidenten für den NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke eingesetzt. Priebke war wegen seiner Beteiligung an der Ermordung von 335 Zivilisten in Rom Ende 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Dregger beschreibt in seinem Gnadengesuch deswegen Priebke als „Objekt der unversöhnlichen Rache".

Strafanzeige gegen Schlingensief

Die „Jüdische Gemeinde" Berlin hat Ende November 1999 nach einem „2. Internationalen Kameradschaftsabend" mit Christoph Schlingensief und Alexander Kluge in der Berliner Volksbühne Strafanzeige erstattet.



Wie der Gemeindevorsitzende Andreas Nachama mitteilte, habe unter der Leitung der beiden Regisseure der Bubis-Grabschänder Meir Mendelssohn das Publikum dazu aufgefordert, „das Wort Judensau zu sagen, ganz normal und ganz natürlich". Die Anzeige richtet sich gegen Schlingensief, Kluge und Mendelssohn.

Alltäglicher Antisemitismus

Wegen Verstoßes gegen die Schulpflicht wurden zehn Eltern von SchülerInnen der Bochumer „Heinrich-Böll-Gesamtschule" von der Bezirksregierung Arnsberg Bußgeldbescheide in Höhe von jeweils 50 Mark angedroht. Sie hatten ihren Kindern die Teilnahme am Klassenbesuch des Films „Schindlers Liste" im Rahmen eines „Aktionstages gegen Gewalt und Rassismus" zum 61. Jahrestag der Reichspogromnacht (9. November 1999) untersagt. Als Begründung gaben sie an, der Film würde „gewaltverherrlichende" und „brutale" Darstellungen beinhalten. Die stellvertretende Elternsprecherin Marion Hahneberg begründete die Position der Eltern gegenüber der "Frankfurter Rundschau" mit den Worten: „Das alles ist über 50 Jahre her. Es muss auch einmal gut damit sein." Man habe nichts „gegen Juden oder Judenverfolgte", es gehe „eigentlich nur darum, dass diese Menschen einmal zur Ruhe kommen müssen", sagte Hahneberg. So sollten auch die Kinder nicht mit der deutschen Vergangenheit „behelligt werden", schließlich sehe man ja, dass „die Deutschen alles zahlten".

Lebenskraft des Staates wurde von den Unteroffizieren der nationalsozialistischen Bewegung (zu der er selbst gehörte; Anm. G.H.) zur Lehre vom Recht des Stärkeren herabgewürdigt. Für sie war Jahns 'Volkskraft' die Legitimation der physischen Gewaltanwendung der biologisch Überlegenen. Die Politik des ‚Lebensraums' wurde im Namen dieser Volkskraft verkündet."

Oetinger stellte die Behauptung auf, dass der NS-Staat die Lehren der deutschen Romantik in der Praxis missbraucht habe. Dieser These muss jedoch widersprochen werden. Die völkische Bewegung und Ideologie hat sich als Protest gegen die Aufklärung und die Französische Revolution formiert und den universellen Menschenrechten eine Absage erteilt. Fichte, Arndt oder Jahn konstruierten in ihren Reden und Schriften ein homogenes deutsches Volk, welches anderen Völkern (insbesondere den Franzosen) überlegen sei; sie leisteten einem Freund-Feind-Denken Vorschub und propagierten fremdenfeindliche und antisemitische Ideologien. Die völkisch orientierten Ideologen der Weimarer Republik und des deutschen Faschismus konnten an diese Ideenwelt anknüpfen, bestimmte Forderungen wie die nach der Homogenität des deutschen Volkes zuspitzen und sie in die Praxis umsetzen. Die völkischen Ideologen des 19. Jahrhunderts wurden somit nicht pervertiert, sondern beim Wort genommen.

Das Bekenntnis Oetingers zur „Lehre vom Volk als der konstanten elementaren Lebenskraft des Staates", zum völkischen Denken des 19. Jahrhunderts, war also kein wirklicher „Wendepunkt", sondern eine Fortführung von Kontinuitäten. In Einklang damit stand auch die von Oetinger getroffene Einschätzung, der nationalpolitischen Erziehung komme das Verdienst zu, eine „Rehabilitierung des Gefühls herbeigeführt zu haben, von der wiederum eine segensreiche pädagogische Wirkung" ausgegangen sei.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es Oetinger gelang, zentrale Elemente seiner vor 1945 vertretenen Ideologie „hinüberzuretten": das völkische Denken, die Erziehung zur Gemeinschaft, die Erziehung zur Tat sowie den amerikanischen Pragmatismus, den er nicht im Original, sondern durch den Filter des NS-Soziologen Baumgarten rezipiert hat. Indem er neue Begriffe wie „Partnerschaft" und „Kooperation" einführte und sie zu wichtigen Kategorien der pädagogischen Theorie und Praxis erhob, gelang es ihm, sich ein innovatives Image zu verschaffen. Die (Selbst-)Beschränkung der pädagogischen Praxis auf das unmittelbar Menschliche, auf den sozialen Nahbereich, auf das soziale Lernen hatte jedoch den - sicherlich nicht unerwünschten - Nebeneffekt, dass politische Institutionen, die Prinzipien der Verfassung, Fragen der Demokratie, Eigentumsverhältnisse, Geschichtsaufarbeitung und die Auseinandersetzung mit dem Faschismus sowie mit der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden per definitionem nicht Gegenstand der politischen Erziehung waren und auch nicht werden sollten.

Der Artikel ist ein Auszug aus dem von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges herausgegebenen Band „Alte und Neue Rechte an den Hochschulen", der 1999 im Agenda-Verlag (Münster) erschienen ist.

Andreas Speit & Janine Clausen

Deutsche Weihnacht

Neonazi-Übergriffe in Jena

Zwischen Glühweinstand und Bratwurstgrill sind in Jena nur Deutsche geduldet. Weder „undeutsches" Aussehen, noch Benehmen wird auf dem Weihnachtsmarkt der thüringischen Stadt hingenommen. Seit der Eröffnung des Weihnachtsmarktes bestimmen die Jenaer Neonazis das Geschehen auf dem Eich-Marktplatz. Flüchtlinge und Jugendliche werden auf dem Markt angegriffen und durch die Innenstadt gejagt. Am Nikolaustag machte die „Junge Gemeinde" erneut auf diese Situation aufmerksam.

Während die Stadtratskoalition von SPD, CDU und FDP sowie die Polizei der Stadt an der Saale und auch die Aussteller und Besucher des Weihnachtsmarktes sich durch die Übergriffe nicht aus der vorweihnachtlichen Stimmung bringen ließen, wehrten sich die Jugendlichen von der evangelischen „Jungen Gemeinde" (JG) in der Stadtmitte gegen die von dem „Thüringer Heimatschutz" (THS) angeleiteten Angriffe.

Bereits Ende 1998 war es aus dem Umfeld des THS um das NPD-Landesvorstandsmitglied André Kapke zu Übergriffen auf anders-aussehende Jugendliche und auf die JG gekommen. Seitdem sind die Auseinandersetzungen mit dem THS, dessen Kameraden aus Jena, Altenburg, Saalfeld und Gera kommen, zum Alltag geworden.



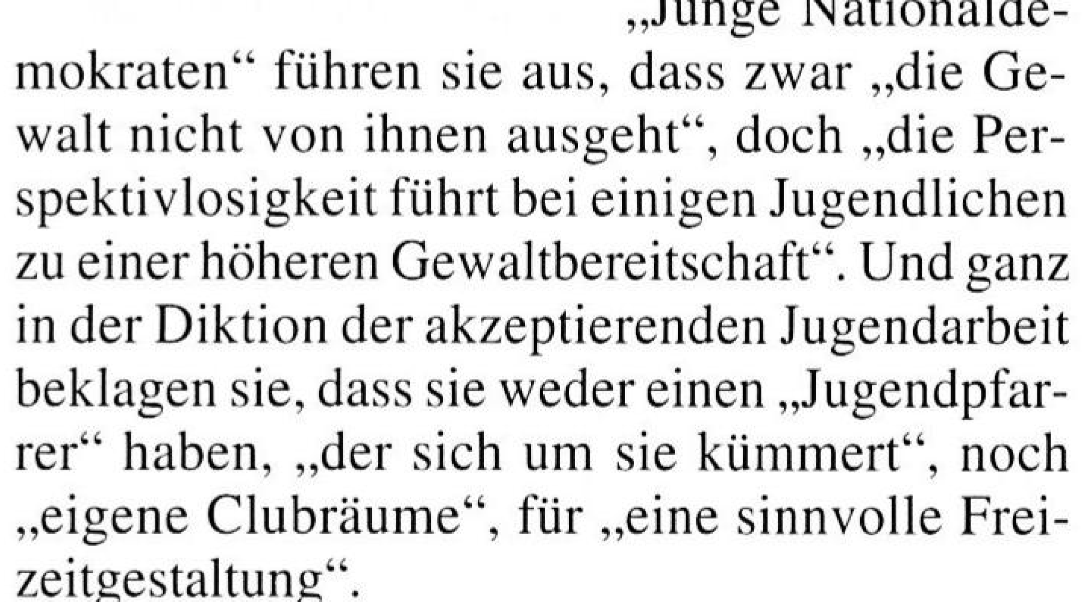
Links im Bild: Andre Kapke

Unter dem Motto „Aktion Walzertraum" besuchen seit dem 1. Dezember Jugendliche aus der JG in Groß- und Kleingruppen den jahreszeitlichen Markt und verteilen Flugschriften, um für mehr „Zivilcourage" zu werben. „Wir wollen das Jugendliche diesen Weihnachtsmarkt wieder angstfrei erleben können", erklärt eine Vertreterin von der JG. Wesentliche Voraussetzung für ihre Aktion sei die Gewaltlosigkeit, damit gezeigt wird, wer gewalttätig ist. „Wir wollen endlich das öffentliche Schweigen brechen" meint sie, denn „mehr oder minder hat die Öffentlichkeit schon gelernt diese Gewaltbereitschaft hinzunehmen".

Nach der JG Aktion am Nikolaustag umlagerten an die 60 rechtsgerichtete Jugendliche die JG. Sie folgten dem Aufruf zum „Großen Jenaer Zecken jagen", der seit Wochen in der Szene umging. Erst als die Polizei gerufen wurde, erschienen die überraschten Einsatzkräfte und verhinderten die sich anbahnenden Gewalttaten, indem sie Platzverweise für alle aussprachen. „Unsere Lokalzeitung, die Ost Thüringische Zeitung, erweckt allerdings den Eindruck, als wenn links und rechts aufeinander losgehen würden und die Polizei für Abstand sorge", stellt Stadtjugendpfarrer Lothar König als Leiter der JG fest, und wenn „von der CDU-Stadtratsfraktion die Aktion Walzertraum als eine regelrechte Aufforderung an rechte Gruppierungen sich gewalttätig gegen die JG zu wenden interpretiert wird, verschärfen sie die Auseinandersetzung".

Selbiges erlebte die JG schon bei den ersten Auseinandersetzungen 1998/99. Sowohl die damalige rot-grüne Stadtregierung, als auch die schwarze Opposition sahen nicht die rechten Jugendlichen, sondern die JG als „Problem" an, nachdem sie sich gegen die rechtsmotivierten Übergriffe verteidigt und auf die erstarkende neonazistische Szene hingewiesen hatten. „Statt über die rechtsgerichteten Jugendlichen zu diskutieren", betonte König, „wurde unsere ganze Jugendarbeit diskreditiert und teilweise kriminalisiert".

Der THS hat die Zeichen der Zeit erkannt und gibt per Flugschrift „Denkanstöße zum Weihnachtsmarkt 99". Unterzeichnet als „Junge Nationaldemokraten" führen sie aus, dass zwar „die Gewalt nicht von ihnen ausgeht", doch „die Perspektivlosigkeit führt bei einigen Jugendlichen zu einer höheren Gewaltbereitschaft". Und ganz in der Diktion der akzeptierenden Jugendarbeit beklagen sie, dass sie weder einen „Jugendpfarrer" haben, „der sich um sie kümmert", noch „eigene Clubräume", für „eine sinnvolle Freizeitgestaltung".



König warnt indes Stadtregierung und Jugendamt: „Auch die best gemeintesten sozialpädagogischen Projekte funktionalisierten Neonazis zu einem Handlungsfeld ‚rechter Gruppierungen' um. In Leipzig-Grünau und anderen Städten ist solches den Nazis schon gelungen".

Um ihre Friedfertigkeit weiter hervorzuheben, 'zeigten mittlerweile rechte Jugendliche Mitglieder der JG bei die Jenaer Polizei an, welche gegen die JG ermittelt. „Nachdem wir die Polizei rufen mußten, stellten einige von uns Strafanzeige. Daraufhin machten die Rechten Gegenanzeigen", erklärt die JG-Vertreterin den Sachverhalt. Als Leiter der Polizeiinspektion Jena-Mitte rechtfertigt Wolfgang Schneider die Ermittlungen: „Die Polizei hat nicht das Recht, Anzeigen im Vorfeld abzuweisen. Sie sind erst einmal aufzunehmen und polizeilich zu bearbeiten". Zum Stand der laufenden Ermittlungen dürfe er aber sonst nichts sagen.

Miguel Tubo Rodríguez

Eingekauft in Spanien

„International Third Position" kaufte ganzes Dorf

Das Begriffspaar „national" und „international" stellt für weite Teile der extremen Rechten längst keinen Widerspruch mehr dar. Dies bezieht sich nicht nur auf den Druck und den Versand faschistischen Propagandamaterials und die Verbreitung von Informationen über das Medium Internet, sondern spiegelt sich auch in länderübergreifenden Immobiliengeschäften wider.

Rechtsextreme Gruppen aus ganz Europa haben sich in Spanien auf die Suche nach verlassenen Dörfern gemacht, um dort ungestört ihren Aktivitäten nachgehen zu können. „International Third Position" (ITP), eine Vereinigung militanter Faschisten aus England, hat bereits ihre eigene Gemeinde in der Nähe von Valencia. Sie heißt Los Pedriches und befindet sich etwa 90 Kilometer von der Küstenstadt Valencia entfernt.

Wie erst jetzt bekannt wurde, kauften die Aktivisten von ITP bereits 1997 unabhängig voneinander sieben der acht Häuser, die etwa vor 20 Jahren verlassen wurden. Nach umfangreichen Renovierungsarbeiten hat sich der Ort zu einer exzellenten Zufluchts- und Erholungsstätte für eigene und u.a. auch für deutsche Kameraden entwikkelt. Nach Angaben von "Scotland Yard" wurden die 1.820.000 Peseten (etwa 150.000 Mark) für den Ankauf von einer so genannten karitativen Stiftung mit dem Namen „San Miguel Arcángel" bereit gestellt, deren Finanzbuchhaltung zur Zeit durch englische Behörden untersucht wird. Als Bewohner und Bewohnerinnen sind im spanischen Los Pedriches u.a. der Engländer Christopher Marchant (37), seine französische Frau Sabine Marchant (31), ihr Sohn Timothée (5), der Pole Maciej Formella (29) und Stuart Ronald McCulloug (32) gemeldet.

Offizielle Besitzer der Häuser sind laut Grundbucheintragungen die bekannten italienischen Neofaschisten Roberto Fiore und Massimo Morsello, ehemalige Mitglieder der rechtsextremen „Bewaffneten Revolutionären Zellen" (ARN), die 1980 in Bologna einen Bombenanschlag verübten, bei dem 85 Menschen getötet wurden. Nach ihrer Flucht aus Italien bauten sich die beiden ITP-Mitglieder ein beachtliches Immobiliennetz mit insgesamt 1300 Betten in London auf. Unter anderem betreiben Fiore und Morsello drei Jugendpensionen („Force 1", „Easy Line" und „The Meeting Point") im Zentrum Londons und eine Sprachschule mit dem Namen „The English Language School" nahe der Westminster Bridge.

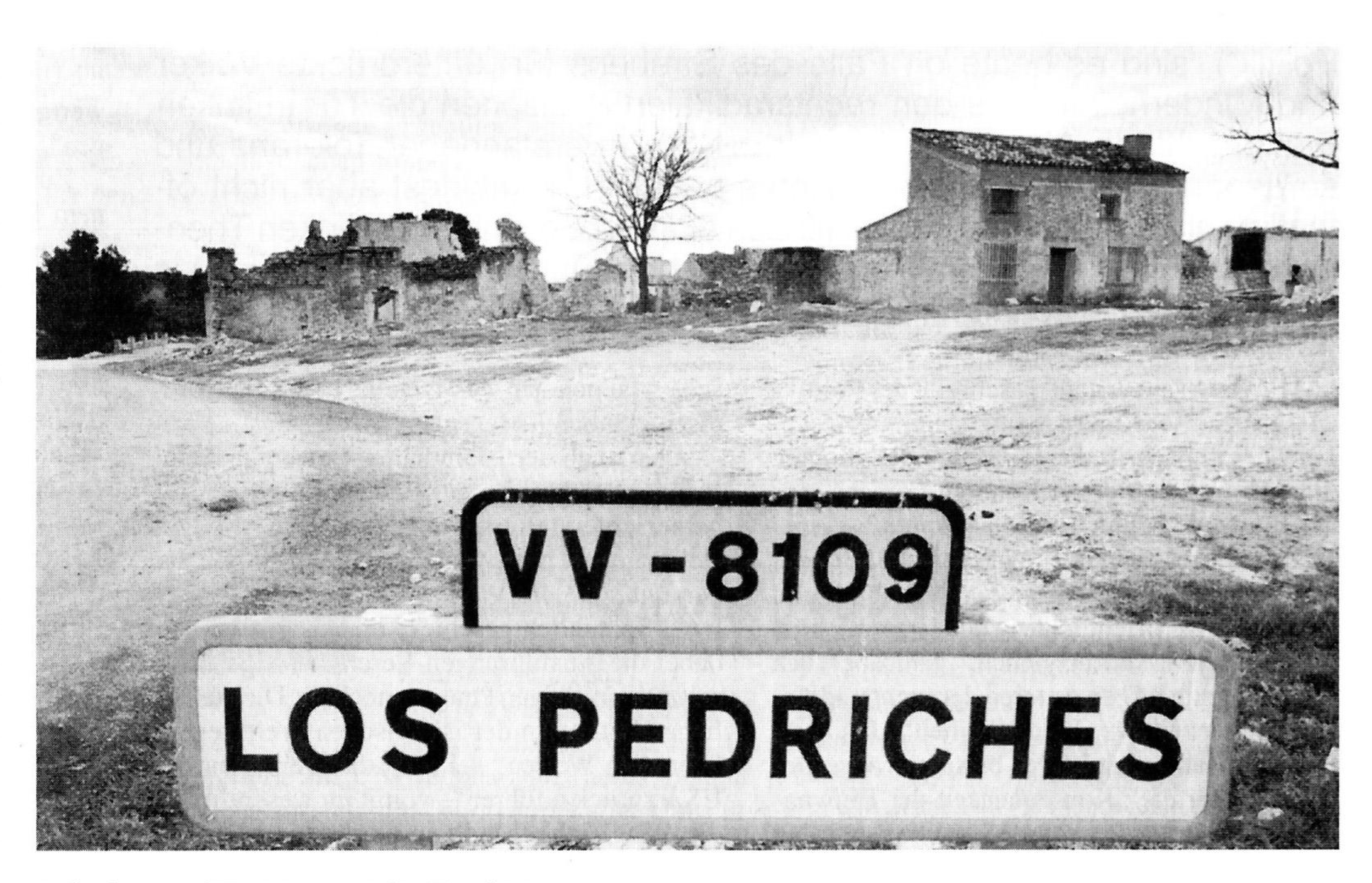
Nach Angaben von Roberto Fiore nutzten 1999 alleine 3000 – 4000 spanische Jugendliche das Sprach- und Unterbringungsangebot der beiden ITP-Aktionisten in London. Häufige Besuche von Deutschen sprechen dafür, dass auch hiesige Sprachreiseveranstalter mit Fiore und Morsello zusammenarbeiten.

Eine weitere Leitfigur von ITP ist Derek Holland. Er ist nicht nur Aktivist und geistiger Vordenker der englischen Rechtsextremen, sondern auch ein Freund großer Worte. So reiste er vor dem Golfkrieg nach Bagdad, um Saddam Hussein seine Unterstützung anzubieten und erklärte 1991 der damaligen sowjetischen Regierung aufgrund ihrer Politik gegenüber den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Staaten kurzerhand den Krieg.

In Artikeln und Beiträgen ihres Propagandaorgans „final conflict" lehnt ITP die Demokratie, die Möglichkeit der Ehescheidung und den vorzeitigen Schwangerschaftsabbruch ab und kämpft für die sofortige Rückführung aller MigrantInnen. Des weiteren machen sie sich für die „schonungslose" Verfolgung von Homosexuellen und Juden stark, die sie zu ihren Hauptfeinden erklären. Die englische Organisation wird für eine Reihe von gewalttätigen Überfällen auf Treffpunkte von Homosexuellen und ausländischen Menschen verantwortlich gemacht, die im Frühjahr dieses Jahres in England acht Personen das Leben kosteten.

Aufgrund der kritischen Berichterstattung in der englischen und spanischen Presse seit Mitte November 1999 fühlten sich die Kameraden von ITP am 23. November 1999 zu einem ersten offiziellen Statement gezwungen. In diesem heißt es, dass sie Juden niemals als "Plage" bezeichnet hätten, wie ihnen mehrfach vorgeworfen wurde, sondern sich lediglich als Opposition zum "internationalen Zionismus" verstehen. Dass die Migration aus der so genannten Dritten Welt die europäische Kultur zerstöre und dass Homosexualität eine „unnatural perversion" sei, wurde hingegen in der Erklärung nochmals herausgestellt.

Der Erwerb ganzer Dörfer durch ITP ist im Nachbarland Frankreich keine Neuigkeit. Hier sind sie bereits im Besitz von drei kleineren Orten. Aber auch andere faschistische Gruppen bedienen sich dieser Taktik, wenn auch weniger erfolgreich. Ángel Jarne, Beamter des Umweltministeriums von Nordspaniens Region Aragón, bestätigte auf Anfrage der spanischen Tageszeitung "El País", dass auch bereits spanische Faschisten im Auftrage deutscher Rechtsextremisten versucht haben, verlassene Dörfer zu kaufen. Bei den engen Verbindungen die ITP zu anderen europäischen Gruppen unterhält, wundert eine Übernahme solcher Praktiken durch befreundete Faschisten anderer Staatsangehörigkeit kaum. Erst im September 1999 trafen Vertreter von Jörg Haiders FPÖ, der französischen „Nouvelle Resistence", der spanischen „Falange" und der italienische „Fiamma Tricolore" zu gemeinsamen Beratungen mit ITP in London zusammen.



Zufluchts- und Trainingsort für Faschisten

Auch Udo Voigt (NPD) gab in der vorletzten Ausgabe (Nr. 19) des „final conflict" ein ausführliches Interview zu seinen Vorstellungen über die Zusammenarbeit mit ITP und anderen „Nationalen Bewegungen" im Ausland. „Internationale Kooperation", sagte er, „ist für die NPD sehr wichtig. Die Rolle des multinationalen Kapitals, das den amerikanischen Vorgaben einer neuen Weltordnung folgt, kann nicht alleine auf nationaler Ebene zerstört werden." Die NPD kann dabei auf sehr gute Kontakte ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) zu ITP zurück greifen, die auf ihrem „6. Europäischen Kongress der Jugend" am 30. Oktober 1999 bereits einen bekannten Namen auf ihrer Rednerliste vorweisen konnte: Derek Holland von ITP.

B. Kant

Schweiz: Wahlerfolge für Geschichtsrevisionisten?

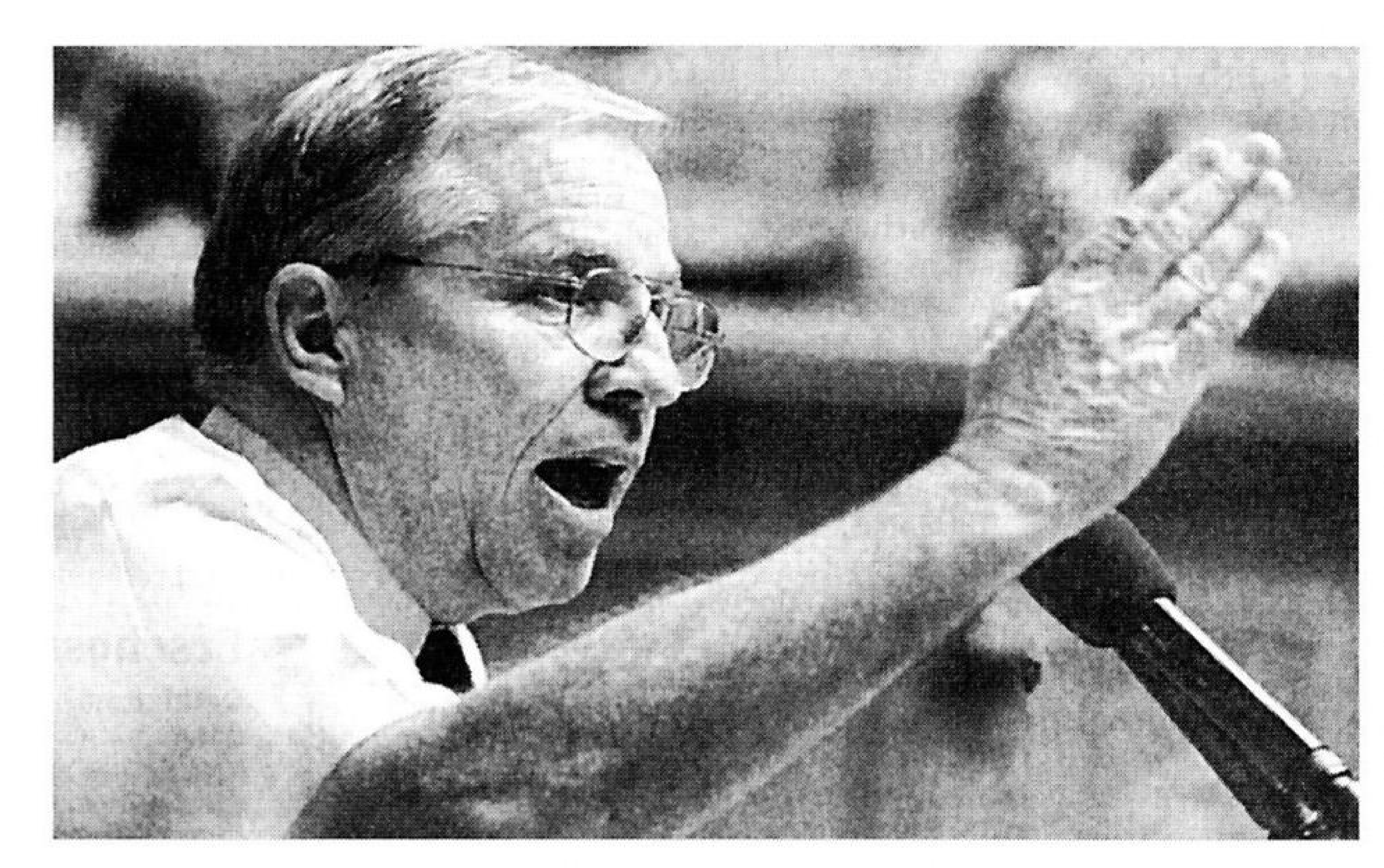
Als am 24.Oktober 1999 das Ergebnis der Schweizer National- und Ständeratswahlen bekannt wurde und der große Wahlerfolg der rechtspopulistischen „Schweizer Volkspartei“ (SVP) und ihres Frontmannes Christoph Blocher durch die Medien ging, da erreichte auch eine weitere Meldung die bundesdeutsche Öffentlichkeit, dass nämlich dieser Christoph Blocher „Mühe mit der Abgrenzung“ (Neue Zürcher Zeitung) nach Rechts habe. Was war passiert?

Im Frühjahr 1997 erhielt Nationalrat Blocher Fanpost von seinem „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (AUNS)-Mitstreiter Ric Wohlgemuth, der sich bei Blocher für dessen klares Eintreten gegen die Forderungen jüdischer Organisationen in der Auseinandersetzung um das Nazigold in Schweizer Banken bedanken wollte. Dabei legte er eine Veröffentlichung von Jürgen Graf: „Das Rotbuch - Vom Untergang der Schweizerischen Freiheit“ bei. Blocher reagierte prompt. „Für Ihr anerkennendes Schreiben vom 12.März 1997 danke ich Ihnen herzlich. Ganz besonders habe ich mich über die Schrift 'Vom Untergang der Schweizerischen Freiheit' von Jürgen Graf gefreut. Wie Recht er doch hat.“ Gleichzeitig fügte er noch den Text seiner Rede, die er im März 1997 in Zürich gehalten hatte bei. Blocher erhob in dieser Rede den Vorwurf, den jüdischen Organisationen gehe es nur ums Geld, nicht um tatsächliche Entschädigung für erlittenes Unrecht.

Und hier ist durchaus eine ideologische Schnittmenge zum Band von Jürgen Graf zu finden. In einem Beitrag der Zeitung „Sonntags-Blick“ wird der Inhalt des Buches folgendermaßen zusammengefasst: „Unter dem Vorwand die 'Meinungsknebelung' in der Schweiz anprangern zu wollen, fasst Graf im 'Rotbuch' sein früheres Buch 'Auschwitz - Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust' zusammen. Jürgen Graf bestreitet darin auf perfide Art und Weise die Existenz von Gaskammern und die planmäßige Massenvernichtung von Juden im zweiten Weltkrieg.“ Graf selbst gehört mit seinem damaligen Verleger Gerhard Förster (1998 verstorben) zu den entscheidenden Figuren des Schweizer Geschichtsrevisionismus. Er fühle sich dazu auserkoren - so der „Sonntags-Blick“ - „gegen die so genannte 'Holocaust-Lüge' zu kämpfen. Für ihn ist die Judenvernichtung 'der monströseste Schwindel aller Zeiten', 'eine einfältige Märchengeschichte'.“

In der Schweiz ist jedoch eine solche Form der Geschichtsleugnung strafbar und Graf wurde im Sommer 1998 vom Bezirksgericht Baden zu 15 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Obergericht Aargau bestätigte im Juni 1999 das Urteil vollumfänglich.

Im Zuge der Ermittlungen der Bundespolizei gegen den Holocaust-Leugner wurden bei Graf 1997 Bücher, Broschüren, Flugblätter und Briefe beschlagnahmt, unter anderem eine Kopie des oben genannten Briefes von Christoph Blocher. Ric Wohlgemuth hatte diese Kopie an Förster und Graf geschickt, denn „Herr Graf hat es verdient, von dem Schreiben Kenntnis zu bekommen. Graf ist wie Blocher ein erstklassiger Patriot, wie es nicht mehr viele in der Schweiz gibt.“ Blochers „Patriotismus“ zeigt sich vor allem in seinen antisemitischen Ausfällen und seinen rüden Attacken gegen Migrantinnen und Migranten.



Milliardär Christoph Blocher (SVP)

Obwohl die Vorgänge um den Blocher Brief in der Woche vor dem Wahltermin durch die Schweizer Presse gingen und Blocher selber versuchte sich mit halbseidenen Erklärungen aus der Verantwortung zu stehlen, haben diese Berichte offensichtlich seiner Popularität keinen Abbruch getan. So liess Blocher seine Frau erklären, er habe das Buch von Graf überhaupt nicht gelesen und distanziere sich natürlich von solcher Holocaust-Leugnung.

Was schon vorher erwartet wurde, trat am 24.Oktober ein: Blochers SVP gelang ein deutlicher Zuwachs an Stimmen, sie wurde mit 23,3 % (+ 8,4%) sogar stärkste Kraft bei den Nationalratswahlen. Dabei gelang dieser Zuwachs vor allem zu Lasten der anderen Rechtsaussen-Parteien, wie beispielsweise der „Freiheitspartei“ (FPS), der „Autofahrerpartei“, den „Schweizer Demokraten“ oder dem „Landesring“. Die NZZ kommt zu dem Ergebnis, die SVP habe „vor allem das bereits manifeste, nicht zuletzt asylpolitische Protestpotential integriert (und konzentriert), das bisher der FPS und auch den SD zugute gekommen war.“

Und so stellt sich die Frage, ob Blocher trotz des oben genannten Skandals oder gar wegen dieser offen gezeigten Sympathie für rechtsextreme Positionen seine politische Position hat ausbauen können. Die Frage des Verhältnisses zu Rechtsaussen-Positionen ist innerhalb der SVP umstritten. So kritisierte der

Die SVP und das Großkapital

Christoph Blocher dominiert die „Schweizerische Volkspartei“ mit Hilfe seiner sog. „Zürcher Troika“. Dieser gehören mit Blocher und Walter Frey zwei der reichsten Männer der Schweiz an. Frey, Fraktionsvorsitzender im Nationalrat, ist einer der größten Autohändler Europas. Seine „Emil-Frey-Gruppe“ ist Generalimporteur für Toyota, Subaru, Kia u.a. fernöstliche Produzenten sowie den britischen Ableger von BMW Rover in der Schweiz. In Deutschland werden Hyundai, Subaru, Proton und Isuzu importiert. Die deutsche Tochter von der „Emil-Frey“, „Schwabengarage“, ist der größte Ford Händler der Welt. Insgesamt betreibt die Gruppe fast 70 eigene Autohäuser und setzt rd. 4 Milliarden Franken um. Die schweizerische Wirtschaftszeitschrift „Bilanz“ schätzte das Vermögen von Frey in einer Aufstellung der 300 reichsten Bewohner des Alpenlandes auf 600-700 Millionen Franken.

Noch reicher ist Christoph Blocher, sein Vermögen schätzte „Bilanz“ auf 2-3 Milliarden Franken. Ihm gehört die Aktienmehrheit der „Ems-Chemie-Holding“, Produzent von polymeren Werkstoffen und Feinchemikalien. Der Konzern setzt über eine Milliarde Franken um. Anstelle Dividende zu zahlen, kauft Ems eigene Aktien zurück, auf dieser Art erspart sich Blocher das lästige Steuerzahlen. Mit jeweils 1,2 Prozent ist Blocher an dem Schweizer Aluminiumkonzern „Algroup“ und dem Chemiekonzern „Lonza“ beteiligt. Beide Konzerne bildeten noch vor wenigen Monaten eine Einheit, mit rd. fünf Milliarden Franken Umsatz. Nachdem Blocher und sein Geschäftspartner Martin Ebner einstiegen zerschlugen sie den Konzern. Zuvor hatten sie versucht, den Konzern beim deutschen Mischkonzern VIAG unterzubringen. Blocher und seine SVP hatten früher Kampagen gegen den Verkauf Schweizer Unternehmen an Ausländer geführt.

Brisant ist die Verbindung Blochers mit dem Großspekulanten Ebner. Dessen „BZ Gruppe“, die Multimilliarden privater Kapitalanlagen verwaltet, hält bedeutende Beteiligungen an diversen schweizerischen und internationalen Konzernen. Nachdem „BZ“ eine Beteiligung an einem Konzern erworben hat, wird das Management unter Druck gesetzt Unternehmensteile zu schließen, zu verkaufen oder mit anderen Konzernen zu fusionieren. Noch bis 1997 waren die Gruppen von Blocher und Ebner finanziell verflochten. Ende 1997 lösten sie jedoch die Verbindungen. In der Wirtschaftspresse wird gemutmaßt, das Blocher zu den weitgehend umbekannten Aktionären der „BZ Gruppe“ gehört. Bei der Zerschlagung der „Algroup“ arbeiteten „BZ“ und Blocher ein weiteres mal nach der Trennung zusammen.

Christian Christians

ehemalige SVP-Nationalrat Albert Rychen die „braune Suppe" in der Partei, gerade bemüht man sich die Genfer Sektion der SVP „wegen ungenügender Abgrenzung vom Faschismus" auszuschließen. Ironisch kommentiert die NZZ: „Blocher ist es wohl nicht entgangen, dass er gerade in der AUNS - und zu einem geringeren Grad auch in der SVP - einen im Vergleich mit anderen staatsbürgerlichen Organisationen überdurchschnittlich hohen Anteil an braun marmorierten Anhängern hat."

Nicht direkt auf das Wahlergebnis bezogen argumentiert Prof. Georg Kreis (Basel), der Präsident der „Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus": „Das wortarme und doch aussagereiche Dokument belegt, dass die Übergänge zwischen nationalkonservativen und rechtsextremen Positionen doch fliessender sind, als bürgerliche Politiker wahrhaben wollen. Noch im Oktober 1995 gab es von dieser Seite einen Aufschrei der Empörung, als der Rechtsextremismus-Bericht Altermatt/Kreis genau dies festhielt. Ob diese Nähe (nur) aus taktischen Überlegungen oder aus Gesinnungsverwandschaft zu Stande kommt, ist unerheblich, wichtig ist die objektive gesellschaftliche Verbundenheit."

Geschichtsrevisionismus in Polen

Mitte November 1999 begann in Opole der Prozess gegen Dariusz Ratajczak. Ratajczak, ehemals Mitarbeiter des Historischen Instituts der Universität Opole, hatte im Selbstverlag eine Broschüre unter dem sinnigen Titel „Gefährliche Themen" herausgegeben, in der er unter anderem leugnet, dass Juden in den Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager ermordet worden seien. Auch behauptete er darin, dass die Nazis niemals einen Plan zur systematischen Vernichtung der Juden gehabt hätten und dass das Zyklon B und die Gaskammern nur zur Desinfektion eingesetzt worden seien. Nach der Veröffentlichung des Buches, das Ratajczak unter seinen Studenten verkaufte, wurde er im Frühjahr von allen Lehrverpflichtungen suspendiert und nun wegen Verstosses gegen das Gesetz über die „Leugnung nationalsozialistischer und stalinistischer Verbrechen" angeklagt.

Ratajczak versuchte sich in seinem Prozess vor dem Bezirksgericht damit zu rechtfertigen, dass er doch nur ein Buch über den Geschichtsrevisionismus ohne einen eigenen Kommentar habe schreiben wollen.

Dänische Rechte

Rechte Tendenzen gewinnen in Dänemark offenbar an Boden. Nach einer Ende 1999 in Kopenhagen veröffentlichten Umfrage wollen über 14 Prozent der dänischen Wähler für zwei Rechtsparteien stimmen, die vor allem mit rassistischen Forderungen um Stimmen werben. Wie die Zeitung „Börsen" berichtete, kam die rechtspopulistische „Dänische Volkspartei" bei einer Erhebung des „Greens-Instituts" auf 12,4 Prozent der Stimmen gegenüber 7,4 Prozent bei den letzten Wahlen im März 1998. Hinzu kamen 2,2 Prozent für die "Fortschrittspartei" von Mogens Glistrup. Die Umfragewerte dieser Partei hatten sich verdoppelt, nachdem der 73-jährige Glistrup bei einer Parteiveranstaltung erklärt hatte, er wolle die in Dänemark lebenden Ausländer islamischen Glaubens „in Lagern internieren" und „die jungen Frauen nach Paraguay verkaufen".

Australischer Holocaust-Leugner verurteilt

Wenn es um die offene Leugnung der Judenvernichtung geht, legt die bundesdeutsche Justiz nach den skandalösen Urteilen im Fall Deckert mittlerweile eine immer schärfere Gangart ein. Ein Beispiel dafür ist das Verfahren des Mannheimer Landgerichtes gegen Fredrick Toben vom November 1999.

Toben ist in der revisionistischen Szene beileibe kein Unbekannter. In Deutschland geboren betreibt der 55jährige in seiner gegenwärtigen Heimat Australien das sogenannte „Adelaide Institut". Hauptzweck dieser Einrichtungen ist es, in Druckschriften und mit Hilfe der neuen Techniken via Internet den millionenfachen Mord in den faschistischen Vernichtungslagern als „Erfindung" zu bezeichnen. Ungeachtet der juristischen Frage, ob ein Betreiber eines Internet-Angebotes in einem anderen Staat dafür juristisch belangt werden könne, war Toben im Frühjahr letzten Jahres bei seinem Deutschlandaufenthalt verhaftet und Anklage gegen ihn erhoben worden.

Im Prozess selber versuchten Toben und sein Verteidiger Ludwig Bock, der bereits als Rechtsbeistand in anderen Naziverfahren einschlägig bekannt ist, durch Verfahrenstricks das Verfahren zu blockieren. Das Gericht ließ sich jedoch durch Prozesstaktiken nicht beirren und verurteilte Toben am 10.November zu zehn Monaten Haft wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Die Richter schätzten das Vergehen von Toben als so gravierend ein, dass die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Dennoch konnte Toben einen Tag nach seiner Verurteilung das Gefängnis verlassen. Da er sich bereits sieben Monate in Untersuchungshaft befunden hatte, wurden die restlichen drei Monate gegen Zahlung einer Kaution von 6.000 DM außer Vollzug gesetzt. Obwohl er angeblich keine Kontakte in Deutschland hatte, wie er im Verfahren erklärte, konnte er die Summe innerhalb von 24 Stunden organisieren. Dazu beigetragen hat sicherlich auch die umfängliche Berichterstattung in den neonazistischen Netz-Medien. Bundesdeutsche Neonazis sahen in diesem Prozess scheinbar ein Pilotverfahren, mit dem auch andere von deutschen Faschisten betriebene, jedoch im Ausland gehostete, geschichtsrevisionistische Seiten im Internet juristisch verfolgt werden könnten - hoffentlich behalten sie Recht.

Schwedische Zeitungen gegen Nazis

Die vier größten Zeitungen Schwedens („Aftonbladet", „Dagens Nyheter", „Expressen" und „Svenska Dagbladet") haben Ende November 1999 in einer Gemeinschaftsaktion Namen und Fotos von 62 bereits verurteilten, unter Anklage stehenden oder als „hetzerisch" eingestuften



Die Veröffentlichung der Namen und Bilder von führenden Neonazis erfolgte zeitgleich in den größten schwedischen Tageszeitungen - in der Bundesrepublik wäre das sicher ein Fall für den Verfassungsschutz ...

Neonazis veröffentlicht. Die Zeitungen begründeten ihre in dieser Form beispiellose Aktion mit den zunehmenden und immer brutaleren Gewalttaten von Neofaschisten, bei denen in diesem Sommer drei Menschen starben und mehrere schwer verletzt wurden. „Wir wollen uns durch Drohungen nicht zum Schweigen bringen lassen", erklärten die Chefredakteure der vier Blätter in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die Zeitungen veröffentlichten eine gemeinsam erstellte Reportage zum Thema Neonazis anonym, um die beteiligten Reporter vor Angriffen auf sich und ihre Familien zu schützen. Im Frühsommer war ein antifaschistischer Journalist zusammen mit seinem Sohn durch eine an seinem Auto versteckte Bombe schwer verletzt worden. (Vgl. DRR Nr. 60) Die Täter sind bis heute auf freiem Fuß.

Dänischer Neonazi fährt in Antifa-Demonstration

Jonni Hansen, Chef der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB), ist mit seinem Auto vorsätzlich in eine Gruppe antifaschistischer Demonstranten gefahren, die sich vor dem DNSB-Hauptquartier in Greve aufhielt. Dabei wurden sechs Personen zum Teil schwer verletzt. Ein Gericht in Roskilde entschied am Folgetag, den 29-jährigen Hansen wegen schwerer Körperverletzung zu belangen und ordnete an, ihn bis zum 13. Januar in Haft zu nehmen. Während Hansen der Polizei gegenüber zugab, absichtlich in die Gruppe gefahren zu sein, erklärte sein Anwalt Peter Hjörne, Hansen habe versehentlich den Vorwärts- statt des Rückwärtsganges eingelegt und habe auf keinen Fall jemanden verletzen wollen.

Wolfgang Kreutzberger

Religion und Rassismus

Die „Christian Identity"-Bewegung in den USA



Zur Jahrtausendwende mag es nahe liegen, den Blick genauer auf eine rechtsradikale politische Bewegung zu richten, die auf dem Gebiet der zum Jahrhundertende einzig verbliebenen Supermacht für die Ankunft eines tausendjährigen Reiches des Friedens und Glücks zu kämpfen vorgibt. Ein Reich freilich, das wie dereinst das der Nazis seine Prägung erhält durch die „arische Vorherrschaft", die Unterdrückung der „Minderwertigen" („mud people") und die Vernichtung des „jüdischen Feindes". Nicht umsonst hängt in einigen Versammlungsräumen der Bewegung Hitlers Bild neben dem ihres Gründers Wesley Swift, aus dessen Anstrengungen, den „Ku-Klux-Klan" wiederzubeleben, 1946 die erste Kirche des „Christian Identity Movement" (CIM) entstanden sein soll.

So abwegig das noch im einzelnen vorzustellende theologische und politische Credo dieser Bewegung erscheint – es ist wichtig zu erkennen, dass ihre maximal 50.000 Anhänger, die überdies einem nicht einheitlichen religiösen Dogma folgen und unterschiedliche politische Verhaltensstile aufweisen, Teil eines Netzwerks rassistischer Organisationen und Strömungen sind. Diese reichen vom „Ku-Klux-Klan" über Skinhead-Gruppierungen, terroristisch-kriminelle Kader, Anhänger des Nationalsozialismus, „New Age"-Adepten, lokale „survivalists" und Milizen bis hin zum äußersten rechten Rand der fundamentalistischen religiösen Rechten und der „Republikanischen Partei".

Und diese rassistischen Bewegungen sind ihrerseits motiviert durch politische Themen und Frontstellungen, die sie in der einen oder anderen Weise und unterschiedlich intensiv mit der etablierten politischen und religiösen Rechten, in einigen Aspekten selbst mit den „New Democrats" eines Bill Clinton verbinden: Manchesterliberalismus, Steuerprotest, UNO-Feindlichkeit, Anti-Zentralismus, Waffenfetischismus, Anti-Sozialstaatlichkeit, traditionelle Familienwerte, Law and Order u.a.m.

Auch in Europa, v.a. in Schweden, findet CIM Anhänger und Nachahmer. Dennoch kann man es sich schwerlich außerhalb der besonderen amerikanischen Traditionen und Mentalitäten vorstellen. Besonders die religiöse Verbrämung rassistischer Vorurteile und Gewalt und die Eignung der Religion als verbindendes Glied ansonsten sozial und politisch divergenter Gruppen verweisen auf die besondere Rolle, die die Religion in der Gestaltung der amerikanischen Gesellschaft spielt. Religiöse Derivate haben daher auch für den politischen Bereich erhebliche Bedeutung. Zu dieser Eigentümlichkeit gehören:

- der vergleichsweise gering institutionalisierte, fragmentierte und „basisnahe" Charakter amerikanischer Kirchlichkeit, der den europäischen Besucher in seinen kommunitären Aspekten durchaus beeindrucken kann;
- der eher niedrige Stellenwert professioneller Theologen und kirchlicher Approbation des Dogmas gegenüber „hausgemachter" Auslegung der Schrift und versatzstückhafter religiöser Lehre - ein Erbe der Opposition gegen die puritanische Theokratie und der „frontier"-Existenz (nicht umsonst besitzt das CIM seinen Schwerpunkt im amerikanischen Westen);
- ein kämpferischer Aktivismus in der Erfüllung täglicher Losungen, deren Befolgung als Bewährung im Kampf des Guten mit dem Bösen aufgefasst wird;
- eine Angst vor Zerfall und Dekadenz, die die Gläubigen um das versprochene Heil bringen könnten, und die Neigung zu moralischen Kreuzzügen.

Charakteristisch ist auch das Bewusstsein, ein Häuflein Aufrechter inmitten der von so genannten Agenten des Teufels bevölkerten Wildnis zu sein (von daher die Neigung zu Geheimbündelei und zu Verschwörungstheorien) und - in einer merkwürdigen Verschmelzung von biblischen Bildern, politischen Gründungsmythen und Cowboy-Romantik - die Vorstellung vom „lonely warrior", dem stellvertretend für die Gemeinschaft verfolgten Helden, der seine wahre Gloriole im Märtyrertum gewinnt. Überwölbt ist das Ganze vom Glauben, in der Nachfolge des alten Israel einem auserwählten Volk anzugehören, dessen Heimstatt („God's own country") gegen den Ansturm des Bösen in chiliastischer Erwartung zu verteidigen ist.

Die durch die Verfassung gewährleistete strikte Trennung von Staat und Kirche bedeutet keineswegs, dass die Begründungen und Rechtfertigungen politischen Handelns durchgängig säkularisiert sind. Die Garantie religiöser Bekenntnisfreiheit führt vielmehr dazu, dass religiös gewandete Doktrinen einen Anspruch auf besondere Geltung für sich reklamieren können und dass sie ihrer traditionellen „white-anglo-saxon-protestant"-Prägung nach einer „multikulturellen" Aufweichung besonders hartnäkkig entgegenstehen. Die Ausstrahlung der religiösen Bekenntnisfreiheit auf die politische Meinungsfreiheit hat überdies zur Folge, dass seitens der Mehrheit Toleranz auch gegen politisch abseitige Strömungen geübt wird - soweit sie nur in den von der öffentlichen Meinung oder den Meinungsführern für wesentlich gehaltenen ideologischen Aspekten dem Mainstream folgen, also das Privateigentum, den Individualismus oder den Glauben an ein höchstes Wesen („in God we trust" sagt sogar der Dollar) nicht antasten. „Hate speech", ein aus der Bekämpfung des Antisemitismus, aus der Emanzipation der Afroamerikaner, der Frauen- und Schwulenbewegung geborenes politisches Delikt, das rassistische und sexistische Anfeindungen zügeln soll, findet daher vor amerikanischen Gerichten nur geringe Verfolgungsbereitschaft.

Geschichte und Entwicklung

Die Geschichte des CIM reicht theologisch zurück bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich im Gefolge der aufkommenden Rassenlehre und des beginnenden Imperialismus britische Autoren aufmachten, die biblischen Verheißungen für das erwählte Volk mit Aussagen über die genetische Abkunft der Angelsachsen zu verknüpfen. Wenn die Angelsachsen nach dieser Doktrin Abkömmlinge der über den Kaukasus nach Europa gelangten zehn verlorenen Stämme Israels waren, war damit ein direktes Verbindungsglied zu den biblischen Prophezeiungen hergestellt, und die Briten konnten als Erben des göttlich garantierten Rechts gelten, sich die Erde untertan zu machen.

Die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge verdeutlichen, warum diese Lehre gegen Ende des 19. Jahrhunderts, mit der imperialistischen Übernahme der „white man's burden" durch die Amerikaner in den Vereinigten Staaten Fuß fasste. Es bedurfte freilich der innenpolitischen Stimmungslage nach dem Ersten Weltkrieg, damit sich der „British Israelism" eindeutig mit der politischen Rechten verband und aggressiv antisemitische Züge annahm. Einer der aktivsten Propagandisten des „Israelism" in dieser Periode, William J. Cameron, war zeitweilig Herausgeber von Henry Fords notorisch antisemitischem „Dearborn Independent" und damit auch der dort veröffentlichten angeblichen „Protokolle der Weisen von Zion", die eine jüdische Weltverschwörung suggerierten.

Diese Entwicklung musste zugleich eine Änderung der „theologischen" Lehre veranlassen - denn wie konnte man gleichzeitig Antisemit und Abkömmling der Juden sein? Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden daher Anstrengungen unternommen, die dem Holocaust entronnenen Juden, jüdische Bürger Amerikas und die Bewohner des Staates Israel der biblischen Legitimation zu berauben und ihre Zugehörigkeit zu den semitischen Völkern in Zweifel zu ziehen. Sie galten nun als Abkömmlinge Kains, dieser als Frucht einer Verbindung Satans mit Eva. Seine Nachkommen sollten danach ein turko-mongolisches Mischvolk sein, auf einer Stufe mit anderen nicht-weißen „Untermenschen", nur mit einem unstillbaren Ressentiment ausgestattet, den weißen Mann auf jede mögliche Weise auszubeuten und zu dezimieren. Zwei Weltkriege und die Russische Revolution, aber auch die Einführung einer Einkommenssteuer und die Errichtung einer Zentralbank in Amerika dienten danach nur dem Zweck, die „genetische Sahne" der weißen Rasse zu verwässern, die arischen Christen – Nachkommen Jakobs und der biblischen Stämme Israels - an der Fortpflanzung zu hindern, ihren Glauben an den Wert der eigenen Rasse zu untergraben und die den produktiven Weißen entzogenen Steuern an die minderwertigen Rassen zu verteilen. Richard Butler - als Gründer und Leiter der von Idaho aus wirkenden „Church of Jesus Christ Christian" eine der führenden Figuren des CIM – drückte dies in einem Interview mit „Newsweek" 1985 so aus: Das Versprechen von Freiheit und Gleichheit gelte nur dem amerikanischen als einem christlichen Volk, nicht den Völkern Asiens, Afrikas oder der Sowjetunion. „Wie erschrokkene Schafe haben wir zugesehen, dass um die Unterprivilegierten herumwimmernde Gutmenschen unsere Kinder lustvoll am Nacken packten und ihr Gesicht in den Dreck drückten, nur um Gleichheit herzustellen."

Als Instrument für solche Absichten gelten vielen Anhängern des CIM die angeblich „zionistisch" beherrschten Medien und Banken, die von ihnen abhängige „Besatzungsregierung" und die „unamerikanische" Weltregierung der UNO. „Theologisch" gesprochen, befindet sich die Welt nach dieser Lehre am Rande des „Armageddon", der apokalyptischen Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse, wobei die Arier als Kinder des Lichts im Kampf gegen die jüdische Weltverschwörung die Rettung der Welt bewirken müssten. „Der Usurpator", so heißt es in einer Publikation der mit CIM eng verflochtenen „Aryan Nations", „wird von der furchtbaren Macht von Yahwehs Volk gestürzt werden, wenn es zu seinen Wurzeln und seiner besonderen Bestimmung zurückgekehrt sein wird." Das ist auch das Szenario des durch das McVeigh-Attentat in Oklahoma 1995 bekannt gewordenen Romans des Neonazis William Pierce „The Turner Diaries". Darin erklärt der Held den Rassenkrieg an die „internationale jüdische Konspiration", unter deren Tyrannei Weiße zur Heirat mit Angehörigen minderwertiger Rassen gezwungen oder korrumpiert würden; in dessen Folge sei die jüdisch kontrollierte Regierung gestürzt, Israel atomar zerstört und ein christliches Paradies errichtet worden.

Von Anfang an war das CIM nicht förmlich organisiert wie etwa protestantische Denominationen (Methodisten oder Presbyterianer), sondern das Werk konkurrierender religiöser Bewegungsunternehmer mit ihrer jeweils eigenwilligen Bibelauslegung. Der bekannteste unter ihnen ist der bereits erwähnte, aus Kalifornien stammende und dort mit dem Gründer der ersten „Christian Identity"-Kirche, Swift, in Berührung gekommene Richard Butler. Inhaber mehrerer einträglicher Patente, war er in den 60er Jahren Konstrukteur bei der Flugzeugfirma Lockheed, ehe er 1973 nach Idaho zog und sich in Hayden Lake ganz dem CIM widmete. Ende der 70er Jahre begann er, jährliche Konferenzen der Bewegung, Jugendtreffen und Gefängnisgruppen („Aryan Brotherhood") zu organisieren sowie Publikationen zu verbreiten, darunter als bekannteste „Calling our Nation".

In den späten 1980er Jahren zeigten sich andere Prediger des CIM beunruhigt über das militante Image von Butlers „Church of Jesus Christ Christian", das nicht zuletzt durch die Swastika-Bestückung seiner Kirche hervorgerufen wurde und durch seine zur Schau gestellte Verehrung des 1984 in einem „shoot-out" mit FBI-Agenten ums Leben gekommenen Fanatikers Robert Mathews, des Gründers der paramilitärischen „Silent Brotherhood". Zu gleicher Zeit, als George Bush verkündete, er wolle dem rabiaten Credo Ronald Reagans einen freundlicheren Anstrich geben, bemühten sich andere Gemeinden des CIM, von der Hitler-Begeisterung Butlers abzurücken und seine in der Konsequenz exterministische Lehre von der Überlegenheit der weißen Rasse durch eine eher „ethnopluralistische" Segregationslehre abzumildern. Juden sollten danach nicht mehr als Abkömmlinge des Satans, sondern als des nicht mit dem Segen Abrahams versehenen Esau gelten; sie wie alle nicht-weißen Menschen sollten als menschliche Geschöpfe Gottes anerkannt und, soweit in den USA ansässig, als Fremde, aber mit Respekt behandelt werden. So eine Interpretation der biblischen Lehre in „Jubilee", dem zweimonatlich in Kalifornien erscheinenden und inzwischen zum publizistischen Flagschiff der Bewegung aufgerückten Organ. Dass dies keine Abschiednahme von einem Verständnis der Bibel als der „Familiengeschichte der Weißen Rasse" und der von daher abgeleiteten unverbrämten Legitimation rechtsradikal orientierten politischen Handelns bedeutete, war schon dem Titel einer Broschüre zu entnehmen, die einer der heute führenden, „Jubilee" verbundenen Figuren des CIM, der von Colorado aus wirkende Prediger Pete Peters herausgegeben hat: „The Bible – Handbook for Survivalists, Racists, Tax Protesters, Militants and Right-Wing Extremists".

Hatte das CIM ab Mitte der 80er Jahre eine gewisse Flaute erlebt, so erfreute es sich ab 1993 steigenden Zulaufs. Die Kurzlebigkeit vieler Gruppen, ihre wechselhaften Verbindungen mit Neo-Nazi-Gruppierungen, ihre oft im Untergrund oder in geringer Intensität stattfindende Aktivität erschweren eine genaue Einschätzung. Doch scheint festzustehen, dass sich das CIM, insbesondere auch ihr „Aryan-Nations"-Zweig, bis 1996 mit eigenen Gemeinden über die Hälfte der US-Staaten verbreitet hatte und zu der Zeit nach einer Schätzung des „Southern Poverty Law Center" (neben der „Anti Defamation League" eine der wichtigsten Einrichtungen zur Beobachtung rechtsradikaler Umtriebe) über ca. 35.000 aktive Anhänger verfügte.

Religion, Ideologie und Politik

Die häufig anzutreffendeThese, dass das CIM den einigenden Kitt zwischen den verschiedenenen rassistischen Gruppierungen Amerikas abgibt und eine Brücke zum fundamentalistischen Flügel des Protestantismus darstellt, ist nicht von der Hand zu weisen. Jedenfalls, wenn Schätzungen zutreffen, wonach die knappe Hälfte der „White Supremacy"-Anhänger sich für die Doktrinen des CIM aufgeschlossen zeigen und etwa ebensoviele CIM-Anhänger aus konservativ-fundamentalistischen Elternhäusern stammen. Dennoch sind die religiösen Postulate des CIM – uneinheitlich und widersprüchlich vertreten, wie sie sind – mit den vorherrschenden Orientierungen unter protestantischen Fundamentalisten kaum vereinbar.



Demonstration von „Aryan-Nations"-AnhängerInnen

Dies gilt schon eher für die politischen Folgerungen, denkt man an die wichtige Rolle, die fundamentalistische Geistliche in der Organisation des Zweiten „Ku-Klux-Klan“ in den 1920er Jahren innehatten. Das religiöse Angebot des CIM ist innerhalb der rassistischen Bewegung der USA auch keineswegs das allein herrschende: daneben existieren andere christliche, naturreligiöse („Church of the Creator“), neuheidnisch-nordische (Odinist-, Asatru-, Wotanist-Kulte), deistische, agnostische und am Rande sogar heftig religionskritische Richtungen.

Versucht man, sich die Attraktion des CIM in der radikalen Rechten zu erklären, so dürfte die dort vertretene Konspirationsthese ein wichtiger Anhaltspunkt sein. Sie bildet die Brücke zwischen antisemitischen Stereotypen und dem gegen Schwarze gerichteten Rassismus. Umfragen in der amerikanischen Bevölkerung zeigen, dass ein enger Zusammenhang zwischen diesen Vorurteilsstrukturen gegeben ist und antisemitische Agitation (die Juden seien materialistisch, machthungrig und eine verschworene Gemeinschaft) bei etwa einem Fünftel auf fruchtbaren Boden fällt. Die Rolle der Juden wird in der CIM-Ideologie darin gesehen, dass sie den Geist der weißen christlichen Amerikaner vergiften, indem sie Multikulturalismus, Rassenmischung und sexuelle Libertinage in den Medien propagieren und durch Regierungsprogramme realisieren würden, die der Gleichstellung der Schwarzen, der Frauen oder sexueller Minderheiten dienen würden. Folglich richten sich die politischen Anstrengungen darauf, die „kulturelle Enteignung“ der Weißen in den USA rückgängig zu machen, am besten durch totale Separation von der schwarzen, hispanischen und asiatischen Bevölkerung, die „Macht dem Volk zurückzugeben“ und eine internationale „Allianz der weißen Rasse“ zu schmieden.

Die Verschwörungstheorie im Verbund mit dem apokalyptischen und manichäischen Weltbild des CIM legt Gewalt zur Durchsetzung dieser Ziele nahe, und das Bild des Juden und Schwarzen lässt keine Rücksicht auf das Leben und die Würde dieser Mitmenschen erwarten. Dennoch gilt für die meisten seiner Mitglieder, dass schon der Akt, die vermeintliche Wahrheit zu verkünden, zur Erfüllung des revolutionären Auftrags genügt, allenfalls verbunden mit legalen politischen Kampagnen (wie der, die amerikanischen Gesetze den Geboten der Bibel anzupassen) oder der Unterstützung von dem CIM nahestehenden politischen Repräsentanten, vornehmlich in der „Republikanischen Partei“. Eine Grauzone zwischen diesem politischen Quietismus und offen illegalem Verhalten bilden politische Aktivitäten, die auf Abschottung („Church of Israel“) oder totale lokale Autonomie und durch Waffengebrauch unterstützte Verweigerung jeglicher staatlicher Intervention gerichtetet sind („Christian Patriots Defense League“ und „Covenant, Sword and Arm of the Lord“) und wie sie am Rande des CIM z.B. in der „Posse Comitatus“ (lateinisch für „Macht der Grafschaft“) oder der Milizbewegung virulent wurden. Über den Bereich kurzfristiger militanter Ausbrüche hinaus ging eigentlich nur die von der CIM und dem „Ku-Klux-Klan“ abstammende, kriminell-terroristische Kader-Organisation von Robert Mathews („The Order“ oder auch „Silent Brotherhood“), die sich 1983/84 einen regelrechten Krieg mit der Staatsgewalt lieferte. Die vor allem in Kalifornien operierende „White Aryan Resistance“, die über die Jahre hinweg mit zuweilen tödlichen Attakken auf Schwarze, Juden und Homosexuelle in Verbindung gebracht werden konnte und deren Fernsehprogramm „Race and Reason“ Gewalt verherrlicht, stammt zwar aus der Gemengelage von CIM, „Klan“, Neonazismus und antikommunistischen Gruppierungen, ihr Gründer und Leiter Tom Metzger ist aber eher ein Gegner religiöser Konventikel und Politikbegründungen. Ob die in diesem und im vergangenen Jahr vermehrt im amerikanischen Südosten vorgefallenen Brandstiftungen in afroamerikanischen Kirchen mit dem CIM in Verbindung gebracht werden können, ist strittig; nicht ausgeschlossen erscheint, dass ihm zugeneigte „lonely wolves“ (die freilich über zahlreiche Websites im Internet Kontakt halten) in „leaderless resistance“ auf eigene Faust handelten. Dennoch würde es in die Logik des Vorwurfs passen, den das CIM und hier insbesondere der aus Virginia stammende Autor Richard Kelly Hoskins in seinem Buch „Vigilantes of Christendom“ an die Adresse der etablierten christlichen Kirchen richtet: dass sie mit der Anerkennung der Juden als dem erwählten Volk Israel deren Einfluss auf die so genannte Degeneration der weißen christlichen Rasse erst ermöglicht hätten und damit auch den Zutritt der schwarzen Bevölkerung der Vereinigten Staaten zur der weißen Rasse vorbehaltenen christlichen Lehre.

Mahler im „Café Exzess“

Das Thema „Horst und die Montagsmahler“, seit Monaten schon ein Dauerbrenner im Rhein-Main-Gebiet, hat am 15. November 1999 mit einem kurzen Auftritt von Horst Mahler im „Café Exzess“ einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. An diesem Tag fand im Antifa-Café eine Veranstaltung statt, auf der über den Umgang mit künftigen "Montagsdemonstrationen" von Mahler und seiner „Bürgerbewegung für unser Land“ diskutiert werden sollte.

Während der Referent bemüht war, den ZuhörerInnen Mahlers Hang zur Selbstdarstellung zu erklären, stellte sich jener – wohl zur Veranschaulichung der Thematik – persönlich zur Verfügung: Mahler wollte an der Veranstaltung teilnehmen. So bekamen die Anwesenden nicht in analytischer Fachsprache erklärt, welch skurrile Blüten der Drang zur Selbstmystifizierung treibt, sondern es wurde ihnen hautnah vorgeführt. Die Rede, zu der der ehemalige RAF-Aktivist unmittelbar nach Betreten des Veranstaltungsortes ansetzte, wurde sofort von den anwesenden AntifaschistInnen unterbrochen. Anschließend wurde er des Saales verwiesen, wobei er nach Eigenangaben Prellungen erlitten haben will. Mahlers Versuch, mit dem Habitus eines „nationalen Linken“ und seinem gelernten linken Jargon, die politische Landschaft regional aufzumischen und dabei „orientierungslose Linke“ für seine rassistischen und nationalistischen Ziele anzusprechen, ist damit fehlgeschlagen. Weitere Versuche sind jedoch zu erwarten, hat Mahler sich doch anschließend in einem „Offenen Brief“ an die VeranstaltungsteilnehmerInnen gewandt und um Verständnis für seine rechtsradikalen Parolen geworben.

Roeder verurteilt

Manfred Roeder (70) wurde am 2. Dezember vom Amtsgericht Grevesmühlen wegen Volksverhetzung zu einer zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Zu den Zeugen des Prozesses zählten neben verschiedenen Journalisten auch der ehemalige NPD-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Kowalski, sowie der vormalige NPD-Landtagswahlkandidat und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Wismar-Nordmecklenburg Michael Grube, der jüngst als V-Mann von sich Reden machte. Der 22-jährige Grube organisierte die Wahlkampfveranstaltung mit dem ehemaligen Rechtsterroristen Roeder in Upahl im August 1998, bei der die inkriminierte Äußerung Roeders vor rund 50 Zuhörern fiel. Den Genozid an den europäischen Juden habe es „bekanntlich nicht gegeben“.

Grube, seit 1997 im Dienst des Verfassungsschutzes, verließ Anfang 1999 die NPD und schloss sich der vor rund einem Jahr gegründeten „Sozialistischen Volkspartei“ (SVP) an. Im März war Grube dann an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen beteiligt. In seinem letzten Rundbrief hatte Roeder sein Verhalten vor Gericht angekündigt. „Ich bin entschlossen, bei allen Prozessen, die man jetzt gegen mich führt, Anklage gegen dieses antideutsche System zu erheben, das nur das eine Ziel hat, unser Volk mundtot zu machen, es zu lähmen, ihm jede Verteidigung zu nehmen und es schließlich durch massive Überfremdung und erzwungene Vermischung biologisch aufzulösen und auszulöschen.“

Manfred Roeder

Fabriken zu bauen hatten. Und jetzt soll nicht einmal die Hälfte der Entschädigungssumme, sollen nach Abzug der Steuerabschreibung gerade mal zweieinhalb Milliarden an den wirtschaftlichen Erben hängen bleiben? Und dies nicht etwa als "freiwillige humanitäre Leistung" oder etwa aus Einsicht in so etwas wie Verantwortung, sondern als leider unumgängliche Ablaßzahlung, die dauerhafte Schäden auf dem nordamerikanischen Exportmarkt verhindern soll. Einen "deal" nannte Herr Gentz von Daimler-Chrysler folgerichtig die für die deutsche Industrie so vorteilhafte Einigung auf die Stiftungssumme – Milliardengeschäft damals, Milliardengeschäft heute.

Auch der deutsche Staat als Rechtsnachfolger des faschistischen Deutschland hat für das Systemverbrechen Sklavenarbeit einzustehen. Schließlich zeichnete der NS-Staat auf allen Ebenen – von der Führung über staatliche Einrichtungen und Betriebe wie Sozialversicherung, Reichsbahn und -post bis hin zum Netz der SS-Unternehmen und bis zu den Kommunen – für Planung und Eskalation des Zwangsarbeitssystems verantwortlich. Man mag Gerhard Schröder ja einen gewissen Lernprozeß zubilligen, wenn er sich seit seiner unsäglichen Bemerkung, die deutsche Industrie müsse vor überzogenen Forderungen geschützt werden, zur Einsicht durchgerungen hat, der nun vereinbarte Fonds stelle nur „einen kleinen Beitrag zur Milderung des Leids von einst" dar, hinter dem Wirtschaftsinteressen zurückzutreten hätten. Auch darf man durchaus als Durchbruch werten, was den beharrlich für eine Entschädigungsstiftung aktiven Politikern der Grünen und der SPD mit der entsprechenden Festlegung der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 gelungen ist. Was aber bleibt, ist die politische Verantwortung des deutsche Staates für ein beschämendes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte mit „Wiedergutmachungs"-Regelungen, die Entschädigung für Zwangsarbeit ausdrücklich ausschlossen. Alle Bundesregierungen von 1949 bis 1998 haben der deutschen Justiz nach Kräften dabei geholfen, Klagen ehemaliger Opfer wegen vorenthaltener Lohnzahlung oder gar Schadensersatz zu Fall zu bringen. Auch der jetzt zugesicherte staatliche Anteil von 5 Milliarden Mark (zuzüglich der 2 ½ Milliarden an entgehenden Steuereinnahmen) ist erst nach beharrlichem Druck der US-Regierung und der amerikanischen Opferverbände gekommen.

Und schließlich wir, die wir weder Staat noch „deutsche Wirtschaft" sind, auch wir haben einen Teil der bislang nicht beglichenen Schulden gegenüber den SklavenarbeiterInnen von damals zu tragen. All den Stammtischrunden, die einmal mehr „internationale Machenschaften" am Werk sehen mit dem Ziel, „Deutschland auf die Anklagebank zu setzen, um weitere Zahlungen zu erzielen" (so z.B. ein hessischer CDU-Parlamentarier) und auch denen, die „maßlose Rechtsanwälte" (jüdische, versteht sich) oder „die mächtigen jüdischen Organisationen" als Drahtzieher hinter dem Beharren auf Entschädigung ausgemacht haben – ihnen allen sei eingebläut, daß wir in der Tat Erben einer Schuldlast sind, die uns die Eltern- und Großelterngeneration aus dem deutschen Eroberungskrieg hinterlassen hat: Schulden und für erzwungene Hilfe in ungezählten Haushalten und für die von den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sichergestellte Versorgung der Zivilbevölkerung etwa, die für die Nazi-Führung zwecks Aufrechterhaltung der „Heimatmoral" hohe Priorität besaß. Als Erben dieser Schuld haben wir nicht zuletzt einzustehen für tausendfach verübte Denunziationen gegenüber FremdarbeiterInnen und Deutschen wegen „verbotener Kontakte" oder wegen belauschter „Rundfunkverbrechen", die für die Denunzierten vielfach Gefängnis, Sondergerichtsprozesse oder KZ-Haft, oft die Ermordung durch Blutjustiz, Gestapo oder SS zur Folge hatten.

Die Geschichte der verweigerten Entschädigung für Zwangsarbeit ist mit der Einigung vom 17. Dezember 1999 zu keinem Ende gekommen. Sie wird auch keinen Abschluß finden können, weil das von den Tätern hinterlassene Schuldkonto immer offen bleiben wird.

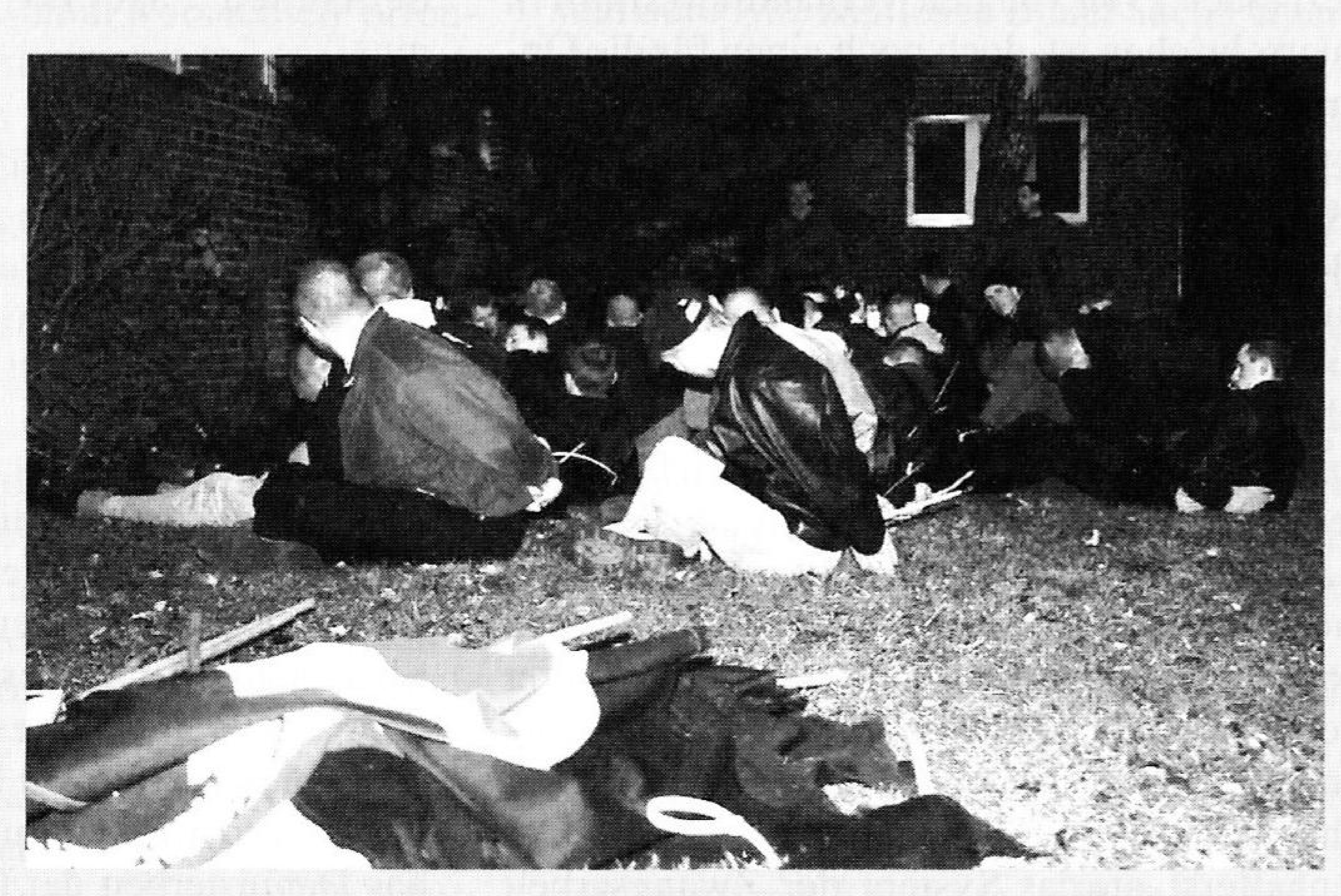
Von Braunschweig nach Lüneburg – Neonazis auf Reisen

Eine Stunde dauerte der Neonazi-Aufmarsch in Lüneburg. Nachdem am 4. Dezember das Lüneburger Oberverwaltungsgericht das Verbot des NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtsaustellung in Braunschweig bestätigt hatte, marschierten über 70 Neonazis vor das Oberverwaltungsgericht. „Wir waren überrascht", erklärte dazu Polizeisprecher Gerd-Dieter Hagels.



Links oben Jürgen Gerg - rechts vorn mit schwarzer Lederjacke Michael Arnold

Angeführt von Thomas Wulff, Bernd Stehmann und Manfred Börm hatten die „Freien Kräfte im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland" bereits in Hannover-Lehrte versucht, gegen das Verbot des von der NPD Niedersachsen angemeldeten Aufmarsches zu der „Schandausstellung" auf die Straße zu gehen. Als die Polizei dies verhinderte, fuhr der Konvoi nach Lüneburg. In der alten Salzsstadt angekommen, durchbrachen sie eine Polizeisperre, zogen vor das Verwaltungsgericht und hielten eine Kundgebung ab. Danach ging es zum Zentralfriedhof, wo sie am Denkmal für die gefallenen deutschen Soldaten ein „Heldengedenken" abhielten. Erst als sie den Friedhof verließen, griffen die eiligst herbei gerufenen Polizeibeamten ein. Die Lüneburger Beamten mußten ihre Weihnachtsfeier unterbrechen und die Oldenburger ihre Heimreise aus Braunschweig. 71 rechte Marschierer nahm die Polizei in Gewahrsam und stellte Fahnen und Plakate sicher. Wulff und Börm blieben auf richterlichen Beschluß mehrere Stunden in Unterbindungsgewahrsam. Gegen mehrere Personen ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und versuchter Gefangenenbefreiung.



Wenig ruhmreiches Ende einer stundenlangen Irrfahrt durch mehrere niedersächsische Städte

Während dessen demonstrierten unter dem Motto „Kein Naziaufmarsch in Braunschweig und anderswo! Eingreifen statt zuschauen" ca. 2000 Personen in der Löwenstadt. „Es ist der Erfolg einer Bündnisarbeit, mit der es gelungen ist ein breites Spektrum zu mobilisieren", betonte Stefan Hölzer als Sprecher des Bündnis gegen Rechts. „Dadurch sahen sich die Verantwortlichen in Stadt und Polizei genötigt, den NPD-Aufmarsch zu verbieten". Warum aber deshalb der sozialdemokratische Oberbürgermeister Mädge, unter dessen Führung seit Monaten massiv gegen die örtliche Antifa vorgegangen wird und Flüchtlinge "konsequent" abgeschoben werden, als Kundgebungsredner auftreten mußte, fragten sich einzelne Antifagruppen des Bündnisses.

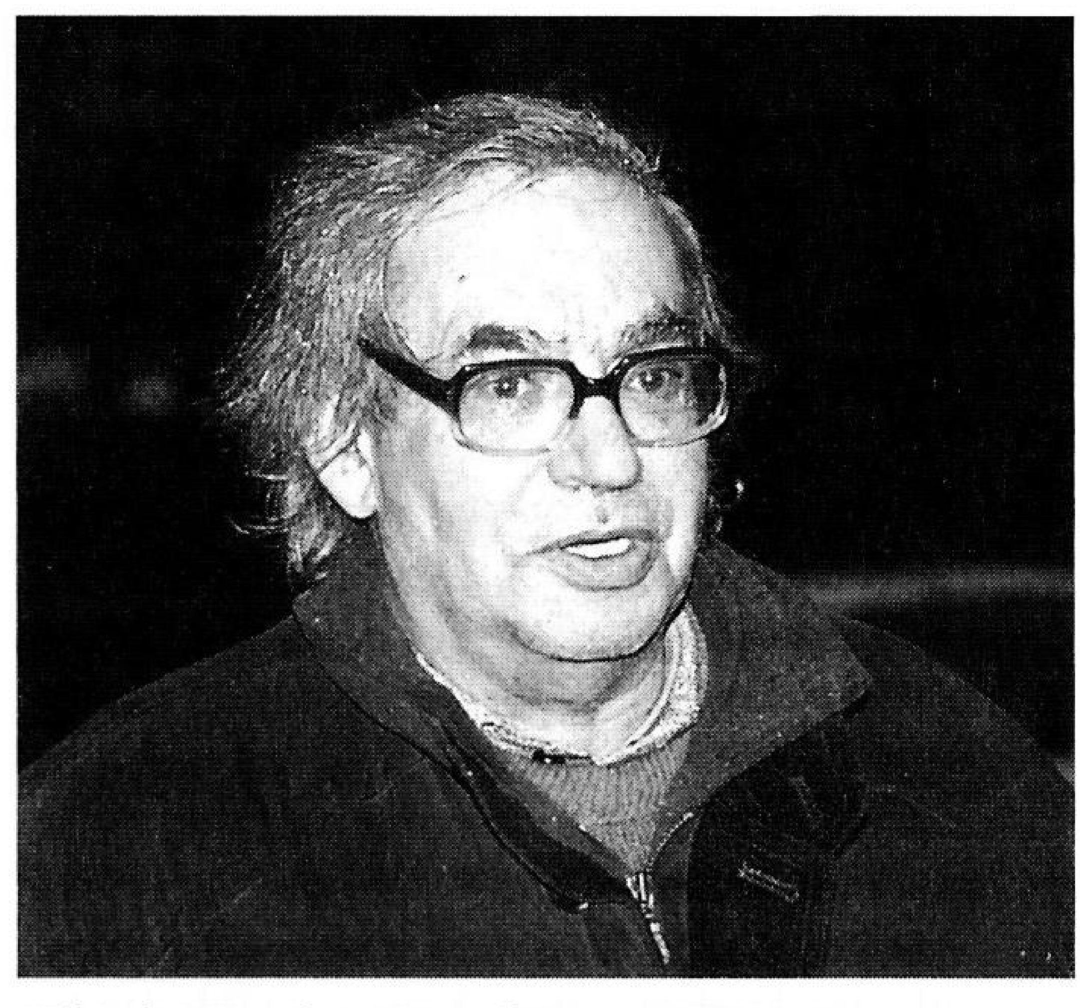
Jos Anders

Cordelia Heß

Voll im Trend

Nazis demonstrieren gegen Bauwagenplatz

Das erste Adventswochenende hatte sich nicht nur der Einzelhandel anders vorgestellt. Weihnachtsgeschenke haben nur die wenigsten eingekauft, die am 27. November im Hamburger Stadtteil Barmbek unterwegs waren. Über 1000 Einsatzkräfte der Polizei liefen zusammen mit etwa 500 AntifaschistInnen und 100 Neonazis durch die Straßen, alle fein säuberlich voneinander getrennt. Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr wurde mit Hilfe der rot-grünen Regierung in Hamburg ein Aufmarsch militanter Neonazis durchgesetzt.



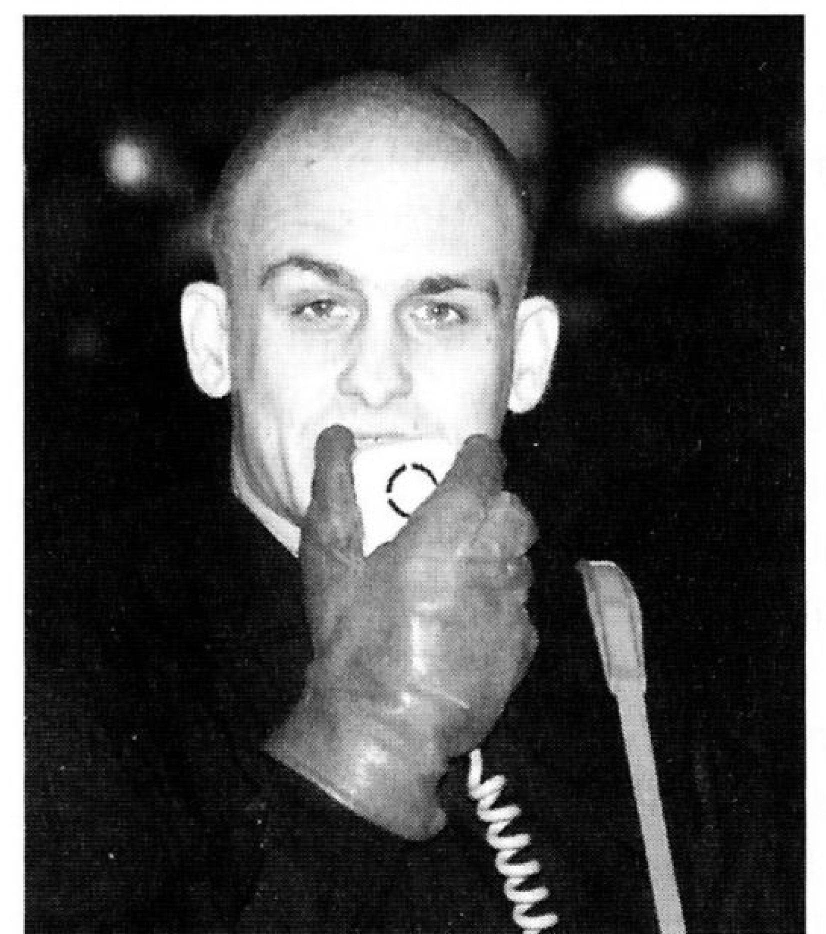
Ulrich Harder, Hamburger NPD-Vorsitzender

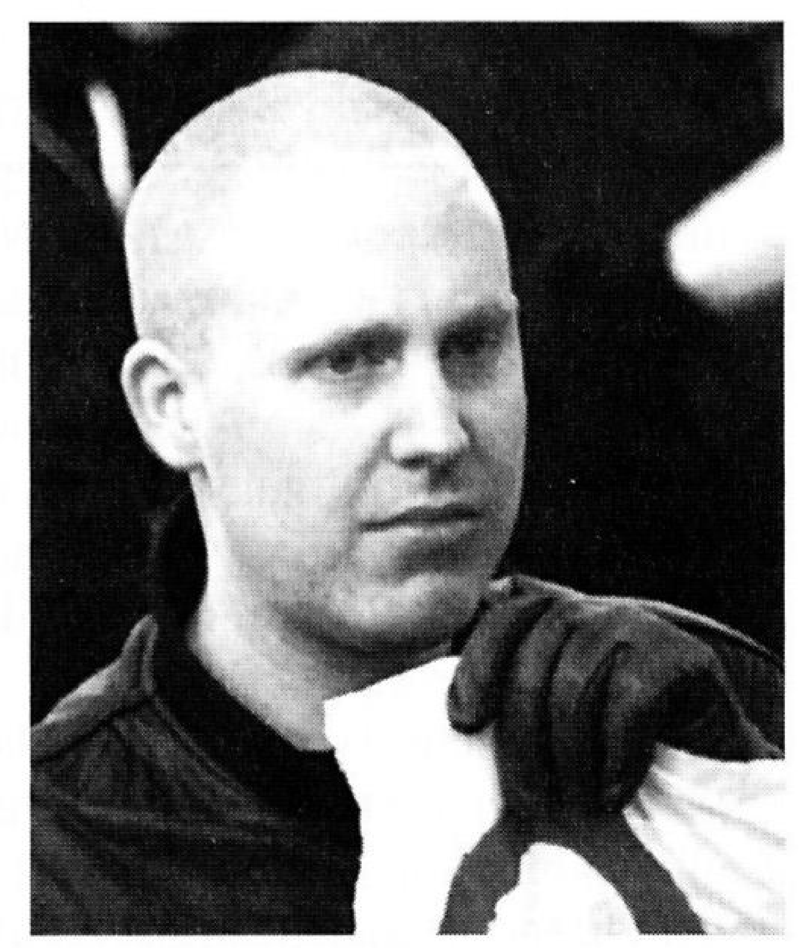
„Kein Bauwagenplatz in Barmbek" forderten die Nazis diesmal und lagen damit voll im Trend: Seit Monaten versuchten die sich erneut volksnah gebende CDU und die „Bürgerinitiative gegen weitere Bauwagenplätze in Hamburg-Nord" mit einer Unterschriftenkampagne der geplanten Ansiedlung von acht Wagen Einhalt zu gebieten. Nach der Räumung ihres vorherigen Wohnortes hatten die BewohnerInnen auf der Grundlage des novellierten Hamburger Bauwagengesetzes einen Platz in Barmbek zugewiesen bekommen. Schon Wochen vorher malten vor allem das „Hamburger Abendblatt" und die „Welt" Schreckensbilder von offenen Drogenszenen, Krankheitsherden und weiteren Gefahren für „ordentliche" BürgerInnen und deren Kinder. Die „Resozialisierung" der „bedingt umfeldverträglichen" BauwagenbewohnerInnen forderten die Springer-Blätter, und außerdem: Wenn da die Linken wohnen, sind die Nazis nicht mehr weit.

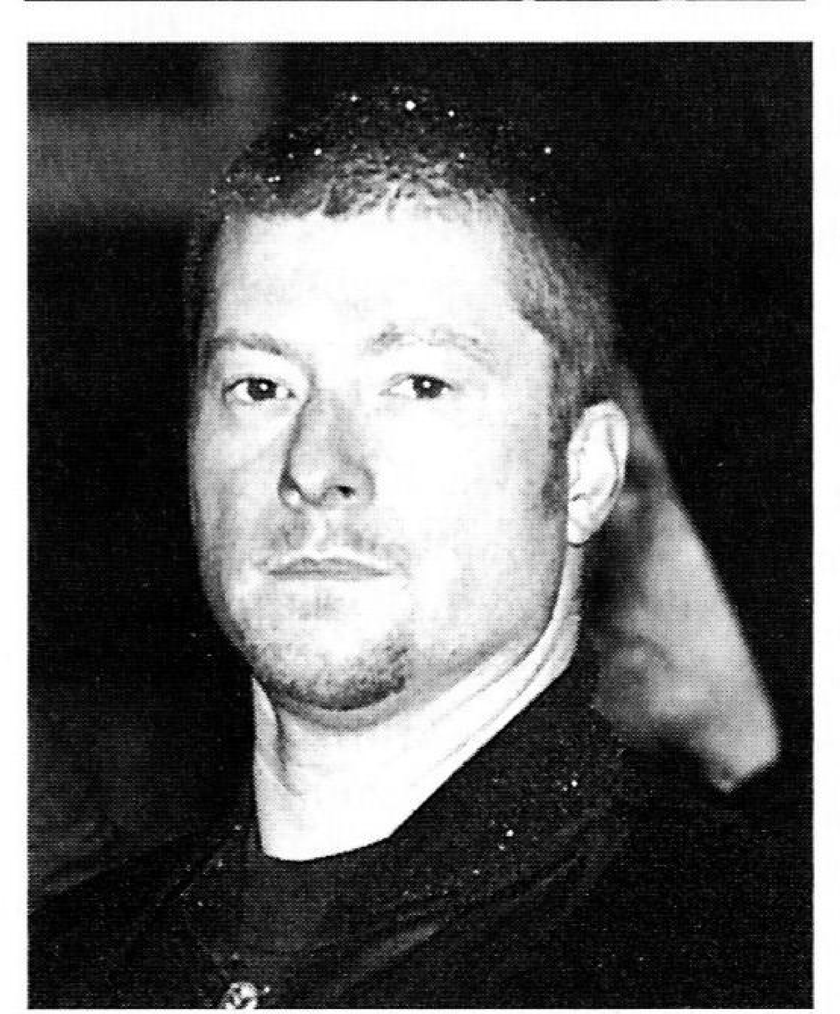
Diese zumindest ließen sich nicht lange bitten. Nachdem der Bezirk ohne Berücksichtigung der gesammelten 4000 Unterschriften einen Pachtvertrag für den Platz abgeschlossen hatte, meldete der Vorsitzende der Hamburger NPD, Ulrich Harder, einen Aufmarsch an, unterstützt von „Freien Nationalisten" um Thomas Wulff und Christian Worch. Seit mehr als zwanzig Jahren führt Harder den Landesverband ohne großen Erfolg und lehnte bisher die Zusammenarbeit mit Worch und Wulff ab. Unter dem Schutz von Polizei und Bundesgrenzschutz marschierten über 100 Neonazis unter der Führung des „Hamburger Sturms 18" (Steffen Holthussen, Tobias Thießen, Thorsten Bärthel und Torben Klebe) zwei Stunden durch den Stadtteil. Auf der Zwischenkundgebung beschwor Harder die Rechtsstaatlichkeit und das Bürgerinteresse, bevor Peter Borchert vom „Schleswiger Sturm" ihren Kampfeswillen verkündete. Christian Worch bezog sich direkt aufs „Hamburger Abendblatt", als er als Abschlußredner betonte: „Wir vertreten hier die Bürgerinteressen."

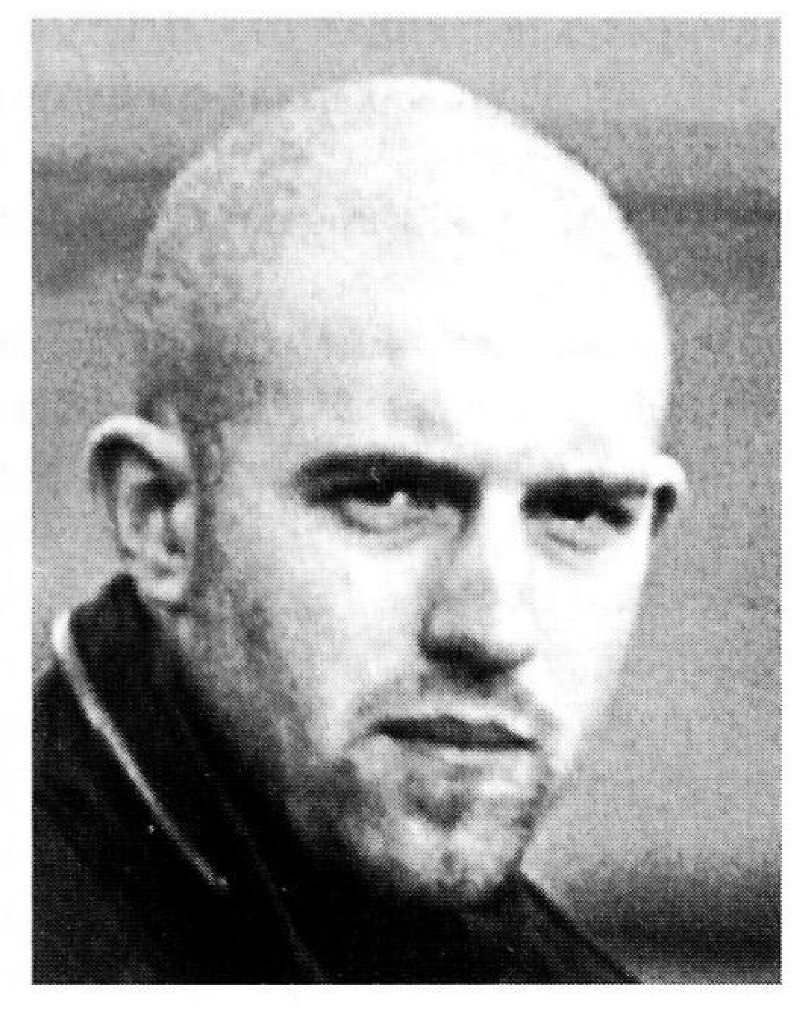
Trotz der Ängste vor „Überflutung durch dreckige Horden" war das der Bürgerinitiative aber doch zuviel: Als „Trittbrettfahrer" bezeichnete der CDU-Fraktionschef der Bezirksversammlung Kai Voet van Vormizeele die Nazis, die sich in Themen- sowie Wortwahl so getreulich an die Vorgaben der Partei hielten. So demonstrierten nicht, wie eine Barmbekerin fälschlicherweise behauptete, die „Anwohner", sondern die Nazis blieben unter Wortführung von Christian Worch ganz unter sich.

Zeitgleich mit den Artikeln der Springer-Presse hatten die aufrufenden Nazigruppen sehr viel deutlichere Worte und Taten gefunden, um ihre Abneigung gegen „Bauwagen-Chaoten und deren Helfershelfer" auszudrücken: Im Oktober verübten Nazis einen Brandanschlag auf das Wohnprojekt Kleiner Schäferkamp in Hamburg und nahmen auf einem dort hinterlassenen Flugblatt Bezug auf den geplanten Platz in Barmbek, weiterhin auf die Hafenstraße und die Rote Flora. Auch auf einen Bauwagenplatz und ein autonomes Zentrum in Norderstedt waren Anschläge verübt worden. In dem orthografisch eigenwilligen Flugblatt finden die „Aktionsgruppen" deutliche Worte für die Ängste der BarmbekerInnen vor NachbarInnen, denen eventuell das Verständnis für preußische Sekundärtugenden fehlt: Ein Zusammenleben mit den Bauwagenleuten sei nicht möglich, „weil diese sich nicht an den Menschlichen [sic] Spielregeln halten wie Ordnung, Sauberkeit und Arbeit."

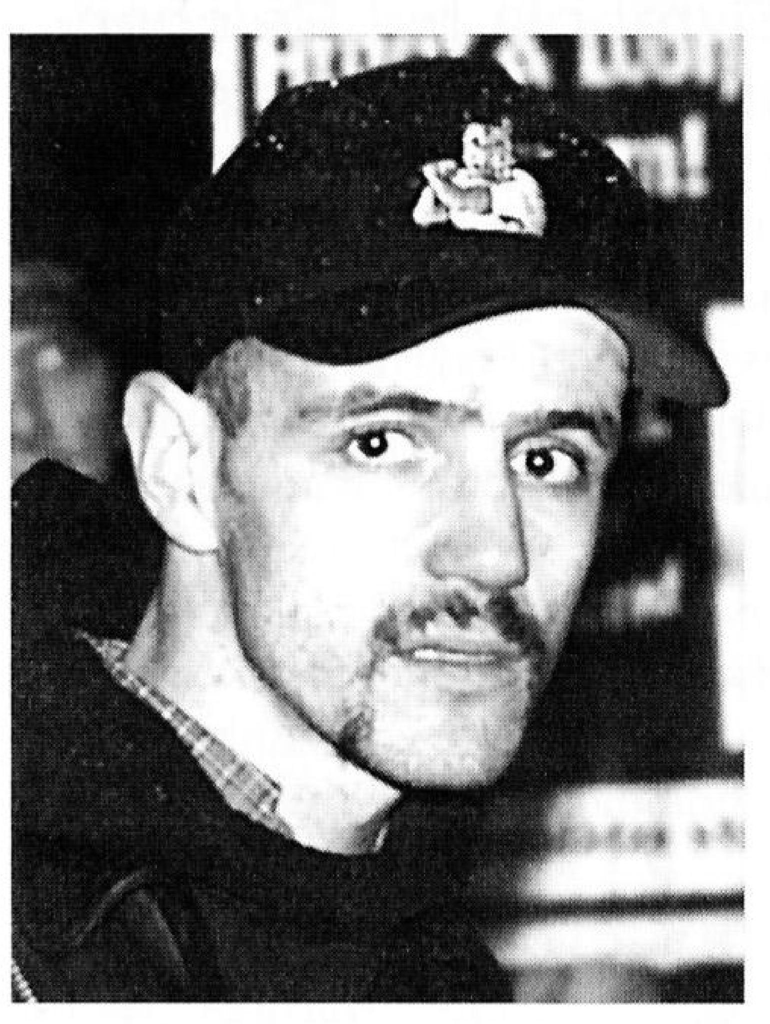








Bilden die Führungsmannschaft des „Hamburger Sturm 18": Steffen Holthussen (o.l.), Tobias Thießen (o.r.), Thorsten Bärthel (u.l.), Torben Klebe (u.r.)



Peter Borchert aus Kiel

Mit solchen Anschlägen wird einerseits der Feindseligkeit der BürgerInnen Ausdruck verliehen und gleichzeitig dem Kampf gegen Projekte, die als Orte linker Organisierung wahrgenommen werden, eine neue Qualität verliehen - vom selben Spektrum, das immer wieder Aufmärsche unter Polizeischutz ermöglicht bekommt. Das Flugblatt, das bei allen Anschlägen hinterlassen wurde, ist unterzeichnet von den „Skinheads Bramfeld", „Barmbeker Skins", „Lohbrügger Sturm 15", „HSV-Sturm Mob" und „Hamburger Sturm 18". Trotz des eindeutigen Bezugs der Marschierer zu den Anschlägen sahen sich die Staatsorgane nicht genötigt einzugreifen.

Die BauwagenbewohnerInnen selbst nehmen den Rummel eher gelassen, wie sie am Tag des Aufmarschs in einem Interview äußerten: „Wir haben ja jetzt einen Vertrag bis 2004."

„Kameradschaft“ bleibt verboten

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Frankfurt (Oder) hat das Verbot der neofaschistischen „Kameradschaft Oberhavel“ durch das Innenministerium bestätigt. Die Organisation sei vor zwei Jahren zu Recht als verfassungswidrig verboten worden. Eine Revision wurde nicht zugelassen, teilte das OVG Ende Oktober mit. Das Ministerium hatte die „Kameradschaft“ als regional aktive neonazistische Vereinigung verboten. Dagegen hatte die Organisation geklagt. Das Verfahren galt als Musterprozess, weil erstmals das Verbot einer „Kameradschaft“ behandelt wurde.

Nazi-Symbole bei Reichenhaller Mordschützen

Bei der Spurensuche im Zusammenhang mit dem Amoklauf von Bad Reichenhall wurden im Zimmer des 16-Jährigen Täters Martin Peyerl auch Nazi-Embleme gefunden. Bei der Wohnungsdurchsuchung wurde ein Hakenkreuz an der Wand über dem Bett sowie mehrere Wehrmachtssymbole und Musik-CDs mit gewaltverherrlichenden Inhalten sichergestellt. Peyerl hatte von der Wohnung seiner Eltern aus zunächst vier Menschen und dann sich selbst erschossen.

Diesner erneut verurteilt


Kay Diesner

Der Berliner Neonazi Kay Diesner ist am 8. Dezember 1999 vom Landgericht Lübeck wegen versuchten Mordes an einem Berliner Buchhändler und dem Mord an einem Polizeibeamten erneut zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Außerdem erkannte das Gericht auf eine besondere Schwere der Schuld. Dieser Urteilszusatz führt dazu, dass nicht bereits nach 15 Jahren über eine Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung entschieden werden kann. Diesner hatte sich seit Anfang November 1999 wegen des Überfalls auf den Buchhändler erneut vor Gericht verantworten müssen, nachdem der Bundesgerichtshof ein Urteil vom Dezember 1997 aufgehoben hatte.

Schiessfreudige Burschen

Anfang Dezember 1999 hat in den frühen Morgenstunden ein 20-jähriger Student in Marburg vom Balkon des Hauses der „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ mit einem Luftgewehr auf einen Hausmeister geschossen. Der Hausmeister hatte zuvor ihn und zwei weitere Personen dazu aufgefordert, keine Gegenstände vom Balkon zu werfen und sich weniger lautstark zu verhalten. Die Polizei führte die Reaktion des Verbindungsstudenten auf überhöhten Alkoholkonsum zurück. Bei der einschlägig als rechtsradikal bekannten Burschenschaft, einem Mitgliedsbund der „Deutschen Burschenschaft“ (DB), darf jedoch bezweifelt werden, dass der grundsätzliche Einsatz von Schusswaffen keine politische Dimension hat. Zu den Mitgliedern der „Burschenschaft Normannia-Leipzig zu Marburg“ gehört unter anderem der Vorsitzenden des „Republikanischen Hochschulverbandes“ (RHV), Eike Erdel.

Bombenbau in Göttingen

Bei der Durchsuchungsaktion gegen eine Neonazi-Gruppe in Göttingen hat die Polizei am 29. November Materialien zum Bombenbau samt Bauanleitung sicher gestellt. Vier Männer waren festgenommen worden, berichtete das ARD-Magazin „Kontraste“. Nach der Vernehmung wurden die Beschuldigten wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen sie wird wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Kurz vor Weihnachten erhielten einige AntifaschistInnen, unter ihnen der DGB-Kreisvorsitzende, eine PDS-Bundestagsabgeordnete und einige Mitglieder der Autonomen Antifa (M), von der Polizei eine konkrete Warnung vor Briefbomben in der Größe einer Videocassette. Nach Aussgae des LKA-Abteilungsleiters Duvenhorst könnten Angehörige der rechten Szene problemlos Briefbomben bauen und diese auch aufgrund ihrer guten Auslandskontakte aus Dänemark oder Skandinavien zustellen lassen. Gegenüber det „taz“ erklärte Duvenhorst: „Es besteht die reale Gefahr, dass Angehörige der rechtsextremen Szene gegen Autonome oder auch ordentliche Linke aus Göttingen Sprengstoffanschläge verüben könnten“.

Mörder von Patrick gefasst

Der Mord an dem 17-jährigen Punk Patrick (DRR, Nr. 61) scheint nach Angaben der Staatsanwalt aus Chemnitz aufgeklärt zu sein. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde am 17.12. vom Chemnitzer Amtsgericht gegen drei Beschuldigte Haftbefehl erlassen. Nach bisherigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Soko Rex beim Landeskriminalamt gehören die drei Beschuldigten im Alter zwischen 20 und 23 Jahren der Hooliganszene an und arbeiten regelmäßig als „Security“ in Diskotheken. Die Verhafteten aus Chemnitz und Glauchau sind teilweise geständig.

Einer von ihnen verübt seinen Dienst als Zeitsoldat bei den Schneeberger Gebirgsjägern. Die Einheit wurde bundesweit bekannt, als dort Soldaten Videofilmsequenzen mit rassistischem und faschistoidem Inhalt produzierten und verbreiteten. Das Bundesverteidigungsministerium legte besonderen Wert darauf, dass der Bundeswehr zur Einberufung der Tatverdacht noch nicht bekannt gewesen sei.

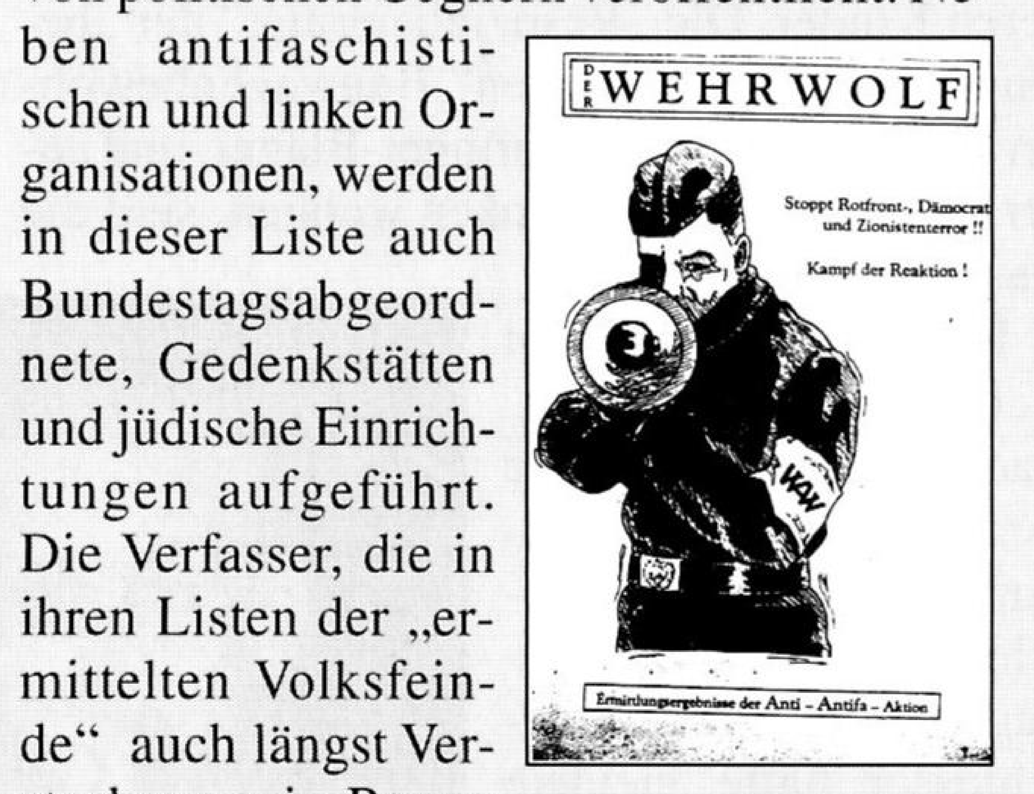
Die Staatsanwaltschaft sieht es offensichtlich als erwiesen an, dass die drei Männer zu jener „Verstärkung“ gehörten, die in besagter Nacht am 2. Oktober von den Türstehern der Hohenstein-Ernstthaler Discothek „La belle“ gerufen wurde. Sie sollen noch in der Nacht „gezielt nach Punkern gesucht haben, um ihnen einen Denkzettel zu verpassen“, so das LKA. Mit Billardstock, Hammer und Axtstiel bewaffnet, griffen die Männer an. Patrick hatte keine Chance und verstarb an den Folgen der Kopfverletzungen.

LKA-Präsident Peter Raisch zeigte sich gegenüber der Regionalpresse besorgt über die „Ansätze zur Verschiebung des staatlichen Gewaltmonopols“. Von einer Kontrolle der in letzter Zeit bundesweit massenhaft gegründeten „Securities“ mochte er aber nicht sprechen, geschweige denn überhaupt einen Zusammenhang zwischen organisiertem Neo-Faschismus und den „schwarzen Sheriffs“ erkennen.

Der Chef des an besagtem Abend im „La belle“ tätigen Chemnitzer Security-Unternehmens, Thomas Haller, leugnete gegenüber der „Freie Presse“ jedoch, dass die drei Männer zu seiner Firma gehörten. Die Arbeitsverträge sind so gestaltet, dass Haller für etwaige Schäden nicht haftbar gemacht werden kann. Dass der Mord nach zwei Monaten aufgeklärt werden konnte, ist nicht das Verdienst der SoKo-Rex, sondern der Dummheit der Täter zu verdanken, die das bei der Tat benutzte Fahrzeug schnell beseitigen wollten und dabei auffällig wurden. Auf der anderen Seite zeigt sich die sächsische Polizei sehr aufklärungswillig, TeilnehmerInnen einer Spontandemonstration einen Tag nach dem Mord wurden jetzt Vorladungen geschickt, ihnen wird Landfriedensbruch vorgeworfen.

Anti-Antifa erstellt schwarze Liste

In einer Gazette mit dem Titel „Wehrwolf“ haben Neonazis erneut eine schwarze Liste von politischen Gegnern veröffentlicht. Neben antifaschistischen und linken Organisationen, werden in dieser Liste auch Bundestagsabgeordnete, Gedenkstätten und jüdische Einrichtungen aufgeführt. Die Verfasser, die in ihren Listen der „ermittelten Volksfeinde“ auch längst Verstorbene wie Benny Goodman oder Franz Kafka aufführen, kündigen eine „neue Offensive nationalsozialistischer Gegenwehr" an. Auch wenn Zweifel an der Relevanz des Anti-Antifa-Pamphlets angebracht erscheinen, stellen der Abdruck von Anschriften und Telefonnummern sowie Hinweise auf die Bewachung bestimmter Objekte, eine gewisse Bedrohung dar. Einzelne Neonazis, die in dem Blättchen als „Wehrwölfe der Tat“ (z.B. Diesner) gefeiert werden, könnten die im Vorwort genannte Drohung („Wer gegen uns vorgeht, hat mit entsprechenden Gegenmaßnahmen zu rechnen, wie immer auch diese aussehen werden!“) ernst nehmen und in die Tat umsetzen wollen.



Als Kontaktanschrift für die Neonazi-Veröffentlichung dient neben einer holländischen Postfachadresse die „Anti-Antifa Saarpfalz“. Ansprechpartner für diese Gruppe sind Stefan Michael Bar und Ronnie Reimer. Laut einem Aufkleber der „Anti-Antifa Saar-Pfalz“ ist Bar auch über das o.g. holländische Postfach zu erreichen.

Onno Freese

UFOs mit Rechtsdrall

Das Versandhaus „Kopp“ und seine rechten Geschäfte

Das Geschäfte mit Büchern und Videos zum Thema Ufos boomen seit Jahren. Auch etliche Versandhäuser drängen sich auf dem Markt, größtes Unternehmen ist der „Kopp Verlag“.

Das Versand- und Verlagshaus hat seinen Geschäftssitz im baden-württembergischen Rottenburg, der Bestellservice sitzt in Ostenfeld in der Nähe von Husum. Kopp, Untertitel: „Fachversand für neue Wissenschaft und grenzwissenschaftliche Mysterien“, bietet das eigene Verlagsprogramm, das sich mit Ufos beschäftigt, sowie Bücher von fast allen Verlagen, die sich thematisch mit Ufos und Pseudowissenschaften beschäftigen. Im Katalog finden sich auch Bücher von neofaschistischen Verlagen wie „Grabert“ und „Arun“ die vordergründig nichts mit Ufos zu tun haben.

Bücher wie „Roosevelt und die internationale Hochfinanz“ von Anthony C. Sutton aus dem „Grabert Verlag“ und „Hinter den Kulissen des Dritten Reiches“ von Otto Rudolf Braun aus dem „Martin Verlag“ stehen für eine geschichtsrevisionistische Sichtweise. Sie stellen die Zusammenhänge rund um den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust in verschwörungstheoretischer Art und Weise dar, Opfer seien letztendlich die Deutschen. Für den Glauben an die Existenz von Ausserirdischen ist der Glaube an eine große Verschwörung Voraussetzung. Die meisten Ufo-Gläubigen gehen davon aus, daß eine Regierungsverschwörung die vermeintliche Tatsache der Existenz von Außeridischen vertuscht.

Im Katalog von Kopp kumulieren diverse Verschwörungsmythen vom sogenannten Revisionismus der Neofaschisten über exemplarische Verschwörungslegenden der Ufos-Szene, z.B. über eine Nebenregierung namens MJ 12, bis hin zum klassischen Mythos von der jüdisch-freimaurischen Weltverschwörung. Das wichtigste antisemitische Propaganda-Werk, die „Protokolle der Weisen von Zion“, findet sich im Katalog in einer wissenschaftlichen Bearbeitung. Obwohl in der Kommentierung dieser Ausgabe klar auf die Fälschung der angeblichen Protokolle hingewiesen wird, stellt der Werbetext die Behauptung auf, es handele sich um den „Verhandlungsbericht“ des „I. Zionistischen“, also jüdischen „Kongresses“.

Die Protokolle sind auch wichtigste Quelle für die antisemitischen Machwerke von Jan Udo Holey alias Jan van Helsing. Die Bücher, die unter dem Titel „Geheimgesellschaften und ihre Macht“ erschienen sind und den Mythos von der Verschwörung der Juden wieder aufwärmen, wurden auch bei Kopp angeboten. Nach der Beschlagnahme der ersten beiden Bücher führt Kopp noch weitere vier Bücher von Holey. Sein neuestes Buch preist das Versandhaus bereits vor Erscheinen an. Es würde den Glauben „an unsere Rechtsstaatlichkeit erschüttern“. In dem Buch mit dem Titel „Die Akte Jan van Helsing“, schildert Holey seine Strafverfolgung und die juristisch Belangung anderer antisemitischer Hetzer. Bei Kopp war „Die Akte“ in mehreren Kurzkatalogen der Aufmacher.



Auch die im Verlag angebotenen Videos sind nicht harmlos. Hier findet sich zum Beispiel der Film „UFO Geheimnisse des dritten Reichs“, in dem die Nazis als geniale Erfinder und Konstrukteure dargestellte werden. Von „Sternentor“ findet sich das Video „Geheimgesellschaften“ auf dem sich in selbstherrlicher Weise in Interviews Jan Udo Holey und der ehemalige Waffen-SS Angehörige Wilhelm Landig darstellen.

Der Katalog von Kopp liegt teilweise bei Gruppentreffen von Ufo-Gläubigen aus. Darüber hinaus werden Anzeigen in den einschlägigen Zeitschriften geschaltet. So erreichen der Gesamtkatalog und regelmässig verschickte Kurzkataloge zahlreiche Interessierte. Wer nicht von vornherein rechtsradikales Gedankengut vertritt oder durch die Ufo-“Szene“ bzw. durch Ufo-Zeitschriften, wie z.B. „Die andere Realität“ an solches herangeführt wird, erhält spätestens durch den Katalog von Kopp einen breiten Zugang zum braunen Geist.

Bundesverwaltungsgericht zu „Republikanern“

Der Verfassungsschutz darf grundsätzlich auch politische Parteien mit geheimdienstlichen Mitteln beobachten. Dies gilt allerdings nur, wenn bei einem tatsächlichen Verdacht „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ die Informationsbeschaffung aus allgemein zugänglichen Quellen nicht ausreicht. Das entschied das höchste deutsche Verwaltungsgericht (Bundesverwaltungsgericht) am 7. Dezember 1999 in einem Grundsatz-Urteil (Aktenzeichen: BVerwG 1 C 30.97). Das Gericht wies mit seinem Urteil die Klage der rechtsradikalen Partei „Die Republikaner“ (REP) zurück an die Vorinstanz. Der Landesverband Niedersachsen der Partei hatte gegen ein Urteil von 1997 geklagt. Die Richter in Berlin befanden, das zuständige Oberverwaltungsgericht müsse klären, ob in diesem konkreten Fall nur mit geheimdienstlichen Mitteln dem Verdacht „extremistischer Bestrebungen“ nachgegangen werden könne oder auch mit offenen Mitteln.

„Der Fels“

Das seit 1997 von den „Initiativkreisen katholischer Laien und Priester“ (IK) herausgegebene rechtskatholische Monatsheft „Der Fels“ steht nach fast 30 Jahren möglicherweise vor dem finanziellen Aus. Denn mit dem Wechsel des Herausgebers wechselte 1997 auch Erscheinungsort und das zuständige Finanzamt. Das Finanzamt Kaufbeuren erkannte dem „Fels“ im Februar 1999 die Gemeinnützigkeit ab und forderte eine Steuernachzahlung für die Jahre 1998 und 1997. Ein Einspruch wurde nun abgelehnt, womit die Entscheidung bei einem Finanzgericht liegt. In der Dezember-Ausgabe des „Fels“ wurde daher zum „fürbittenden Gebet“ und zu weiterer finanzieller Unterstützung aufgerufen, um „die Arbeit für den ‚Fels‘ weiterführen zu können“.

Der Hinweis auf die spendenfördernde Gemeinnützigkeit fehlt seit Februar 1999 in den Heften, nicht aber auf der Internetseite der Schrift, deren Artikel oft geprägt sind von latenter bis offener religiöser wie sexueller Intoleranz. Auch werden Veranstaltungshinweise und Anzeigen für die „Mut zur Ethik“-Kongresse der rechten Politsekte „Verein zur Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), für die „Katholische Pfadfinderschaft Europas“ (KPE), die „Marianischen Liga“ (deren bekanntestes Mitglied ist Christa Meves) oder für die reaktionär-konservative „Kampfgruppe Gottes“ und den rechtskatholischen Geheimbund „Opus Dei“ veröffentlicht.

Andreas Speit

Auf der Flucht

„Satansmörder" Hendrik Möbus

Zum Bewährungswiderrufverfahren war Hendrik Möbus nicht gekommen. Das Erfurter Landgericht verhandelte am 13. Dezember 1999 in Abwesenheit des als „Satansmörder" bekannten 23-Jährigen. Wie die Staatsanwaltschaft Mühlhausen mitteilte, tauchte Möbus unter, nachdem das Landgericht den Widerruf seiner Bewährung wegen anderer Delikte bestätigte. „Ich gehe ins Exil" hatte der sich zwischen Satanismus und Faschismus Bewegende seinen Eltern per Abschiedsbrief angekündigt.

Als Schüler hatte Möbus mit zwei Freunden im April 1993 einen 15-jährigen Mitschüler ermordet, der sich über ihre Black-Metal-Band „Absurd" lustig gemacht hatte. Die Drei sangen selbstgedichtete satanistische Verse wie: „Ich stille meine Gier mit Menschenfleisch, mit Zyklon B, mit Gift, mit Blut. Willst Du mich, so komme in mein Reich. Deine Eingeweide schmecken sicher gut".

Das Landgericht Mühlhausen verurteilte Möbus 1994 wegen Mordes an dem 15-Jährigen zu acht Jahren Haft und im September 1998 war er nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Strafe auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen worden. Mit dem Widerruf der Reststrafe auf Bewährung durch das Erfurter Gericht muss Möbus für weitere zwei Jahre und acht Monate ins Gefängnis.

Bereits in der Haft als auch nach seiner Entlassung verkündete er,, dass der „Jehova-Glaube den germanischen Völker" aufgezwungen und das „natürliche Band zwischen Blut und Volk" zerstört sei. Aus der Haft gab er für das in den USA erschienene Buch "Lords of Chaos" über die Satanismus-Szene ein Interview und erklärte ohne Reue zu dem Mord: „Wenn aber das NS-Recht wirklich auf uns angewendet worden wäre, hätte man uns für die Vernichtung eines Volksschädling nicht bestraft, sondern gelobt". Den Worten folgten Taten.

Gerade vier Wochen aus der Haft, trat er mit seiner wiederbelebten Band „Absurd" bei einem kleinen Black-Metal-Festival auf. Während des Konzertes im September in Behringen bei Eisennach zeigte Möbus auf der Bühne den Hitlergruß. Das Amtsgericht Eisenach verurteilte ihn deshalb zu einer acht-monatigen Freiheitsstrafe, die bisher noch nicht rechtskräftig ist.

Konform mit seinen kulturellen gehen seine politischen Aktivitäten. Möbus gilt als einer der Aktivisten der „Deutschen Heidnischen Front" (DHF), die in die „Allgermanische Heidnische Front" (AHF) eingegliedert ist.

Geistiger Urheber der AHF ist der in Norwegen wegen eines Tötungsdeliktes inhaftierte Christian Varg Vikerness. In der AHF-Selbstdarstellung heißt es, dass das „Christentum ein Schwächeanfall der germanischen Völker" sei, und, „jede Nation, die sich mit der christlichen Krankheit angesteckt hat, trägt zur allgemeinen spirituellen Zersetzung unter den Völkern bei. Die germanischen Völker leiden unter dieser Krankheit und die einzige Medizin dagegen ist die Religion des Wotanismus". Diese will die AHF wiederbeleben, wie die von Hendrik und seinem Bruder Ronald geleitete DHF. Deren Aktivitäten begrenzen sich bisher aber „nur" auf das Internet. Über ihre Homepage verkünden sie: „Unser Kampf gilt der Erschaffung eines freien Großgermaniens nach völkischen Ideen". Getreu diesen antichristlichen Visionen fordern sie nicht nur die Reinheit von Rasse und Blut, sondern auch das Recht des Stärkeren und Kriegers. Zwar schätzt das Thüringer Innenministerium die DHF als rechtsextrem ein, doch der Landesverfassungsschutz hat „keine Erkenntnisse über weitere Anhänger bzw. Sympathisanten". Auch nicht, nachdem am 6. Oktober Staatsanwaltschaft und Polizei insgesamt über 20 Objekte – überwiegend Wohnungen in Erfurt, Nordthüringen, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durchsucht hatten. Sie beschlagnahmten umfangreiche Mengen an CDs, Musikcassetten, T-Shirts mit verbotenen neonazistischen Texten und Symbolen und stellten fest, dass die Gebrüder Möbus mit dem von ihnen geführten Mailorder-Vertrieb für Black Metal Musik „Darker Than Black" (DTB) fest in der rechten schwarzen Musikszene verankert sind. Die Polizei fand bei ihnen etwa 40 teils empfangene, teils zum Versand vorbereitete Postsendungen.



CD-Cover von „Absurd"

„Eigentlich überrascht mich nichts mehr", meint Pfarrer Jürgen Keller. Nach dem Verbrechen hatte er sich um die Eltern des Opfers aus Sondershausen gekümmert. „Keiner konnte verstehen", so Keller, „warum Hendrik vorzeitig auf freien Fuß gesetzt wurde. Als er draußen war, schloss er sich der Erfurter Neonazi-Szene an". Oberstaatsanwalt Hans-Joachim Petri räumt ein, dass „Möbus Kontakte zu satanistischen und neonazistischen Gruppierungen in Nordeuropa" bekannt waren. Doch da Möbus Erfurt als festen Wohnsitz angab, erließ die Staatsanwaltschaft erst Anfang Dezember einen Haftbefehl wegen Fluchtgefahr. Zu spät, Möbus tauchte nicht mehr in seiner Wohnung auf. Um eine mögliche Auslieferung aus dem Ausland juristisch abzusichern, erließ die Mülhausener Staatsanwaltschaft einen internationalen Haftbefehl wegen Mordes. Petri vermutet Möbus in Norwegen: bei Mitgliedern der AHF.

„Deutsche Stimme" sächselt

Ende Dezember zieht der Verlag „Deutsche Stimme" vom bayerischen in das sächsische Riesa. Ab Januar 2000 soll das Blatt dann von Riesa aus bundesweit vertrieben werden. Die NPD hat sich augenscheinlich auf dem Gelände ihres Parteimitglieds und speziellen Freundes von Christian Worch Jürgen Günz (Beisitzer im LV Sachsen) eingemietet. Günz hatte mit seiner Klempnerfirma im Sommer 1998 Konkurs angemeldet. Eine Halle und das dazugehörige Firmengelände gehörten zur Konkursmasse und fielen an die Hauptgläubigerin die Volksbank in Riesa. Ein Bündnis der sächsischen Antifa hat für den 30. Januar eine Demonstration gegen das neue faschistische Zentum in Riesa angekündigt.

Neo-Faschisten aus der NPD machen auf deutsch-kommunistisch

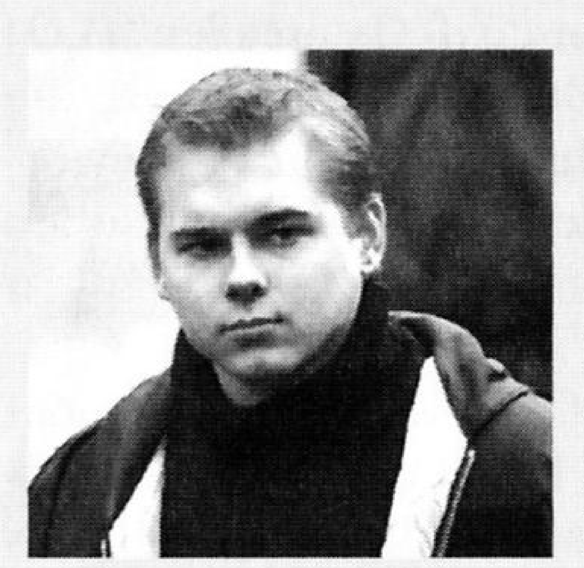
Ende Oktober erhielten linke Organisationen Post von einer Gruppe, die sich „Unabhängige Kommunisten Deutschlands" (UKD) nennt. Mit der Kopfzeile „Deutsche Arbeiter Vereinigt Euch!" wirbt die UKD um Unterstützung für eine „Einheitsfront". In der Selbstdarstellung heißt es weiter: „Die UKD sind eine Gemeinschaft neuen Typs, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die breiten Massen der deutschen Bevölkerung im revolutionären Kampf für ein neues Deutschland in einem neuen Europa zu vereinen." Es soll gegen „Monopolkapitalimus, Imperialismus und Krieg. Für Meinungsfreiheit, Sozialismus und nationale Erneuerung" gehen. Angesprochen werden „alle Fraktionen, von DKP über KPD bis NPD (und die kleinen dazwischen)".

Anschlag auf Holocaust-Mahnmal

Noch bevor das Holocaust-Mahnmal in Berlin gebaut ist, wurde bereits ein Anschlag darauf verübt. Auf dem Bauplatz haben Unbekannte in der Nacht vom 31. Dezember des vergangenen Jahres auf den 1. Januar 2000 etliche Beleuchtungsteile gestohlen und ein mehrere Meter großes Plakat zerstört. Bei dem Plakat handelte es sich um eines von vier historischen Bildern, die an einen Förderturm montiert waren. Dargestellt war eine Jüdin bei der Deportation ins Konzentrationslager. Während der Förderkreis zur Errichtung eines Mahnmales für die ermordeten Juden Europas Strafanzeige erstattete, hat der rechtsradikale „Bund Freier Bürger" (BFB) mittlerweile eine Demonstration für Ende Januar gegen das Mahnmal angekündigt.

NPD Bremen

Der Landesverband Bremen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) hat einen neuen Chef. Auf dem Landesparteitag Anfang November 1999 wurde Jörg Wrieden zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Helmut Walter ab, der drei Jahre den Landesverband leitete. Wrieden war von 1979 bis 1992 Mitglied der NPD und trat dann aus „Unzufriedenheit über die Bündnisse mit der DVU“ und wegen beobachteter „Führungsschwächen innerhalb der NPD“ aus. Bis 1998 war Wrieden in der "Freien Kameradschaft Bremen" aktiv. In die NPD trat der 38-jährige arbeitslose Kraftfahrer 1998 wieder ein, „weil das das Forum ist, in dem ich meine Politik-Vorstellungen verwirklichen kann“.



Michael Kurzeja

Ebenfalls aus dem Umfeld der „Freien Kameradschaften“ kommt der neue Kreisvorsitzende der NPD Bremen-Stadt, Michael Kurzeja (23). Damit dürfte die NPD-Bremen weitgehend in der Hand militanter Neonazis sein.

Hesselbarth leitet Verkehrs-Ausschuss

Im Potsdamer Landtagsausschuss für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr führt die Fraktionsvorsitzende der neofaschistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU), Liane Hesselbarth, den Vorsitz. Bei der Abstimmung im November 1999 in Potsdam wählte sie sich mit der eigenen Stimme in dieses Amt, während sich die übrigen neun Ausschussmitglieder enthielten.



Liane Hesselbarth

DVU-Fraktion Sachsen-Anhalt wird kleiner

Zwei weitere DVU-Abgeordnete, Rudi Czaja aus Wolfen und Wolfgang Buder aus Stendal, haben die Landtagsfraktion der Partei verlassen. Damit schrumpft die DVU-Fraktion auf zehn Mitglieder. Bereits im Februar hatten vier Mandatsträger die bis dahin 16-köpfige Fraktion verlassen. Erst im Oktober war der damalige Fraktionsvorsitzende Helmut Wolf durch Claudia Wiechmann abgelöst worden.

Ernst Antoni

Ein Pionier der Antifa-Recherche

Bekannt geworden ist er durch Buchveröffentlichungen wie „Die heimatlose Rechte. Die Konservativen und Franz Josef Strauß“ oder „Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945“ - letzteres, 1989 erschienen, ein Nachschlagwerk von langjährigem Gebrauchswert. Zeichen gesetzt hat der in der Nacht zum 31. Dezember 1999 im Alter von 86 Jahren verstorbene Publizist Kurt Hirsch aber vor allem als Initiator und Spiritus Rector des PDI (Presseausschuß Demokratische Initiative).

Hervorgegangen aus der „Demokratischen Aktion“ gegen die ab Mitte der 60er Jahre zunehmend erfolgreiche NPD, setzte sich der PDI das Ziel „...das Grundgesetz mit Leben zu erfüllen und die bestehende, immer größer werdende Kluft zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit zu überbrücken. Hieraus ergibt sich die Aufgabe, gegen antidemokratische, reaktionäre und neofaschistische Tendenzen zu kämpfen.“ SchriftstellerInnen und JournalistInnen von Rang - Bernt Engelmann etwa, Ingeborg Drewitz, Dieter Hildebrandt, Walter Jens, Robert Jungk, Luise Rinser, auch Ulrich Wickert - trugen diesen Presseausschuß mit, der unter der Regie von Kurt Hirsch vor allem in den 70er und frühen 80er-Jahren mit vielfältigen Veröffentlichungen die neofaschistischen Szenen und Grau- und Braunzonen ausleuchtete. Unverzichtbar für die antifaschistische Arbeit waren neben Einzeluntersuchungen in der PDI-Taschenbuchreihe damals die Jahresberichte „Neofaschistische Aktivitäten“.

Kurt Hirsch, in Wien geboren, hatte als Jude und Sozialist am eigenen Leibe erleben müssen, was Faschismus bedeutet. Die Nazis verschleppten ihn 1938 ins KZ Dachau und nach einigen Monaten bis zur Befreiung 1945 ins KZ Buchenwald. Von den 50er Jahren an widmete er sich, inzwischen in München wohnend, als Journalist, Buchautor und Herausgeber der historischen und aktuellen antifaschistischen Recherche- und Publikationstätigkeit.

Immer wieder gelang es ihm, Enthüllendes über die NS-Vergangenheit bundesdeutscher Politiker, Juristen und Unternehmer zu Tage zu fördern. Selbstverständlich war er dabei, nachdem sich BRD-Institutionen sehr verschlossen zeigten, auch auf Archivmaterial aus der DDR angewiesen. Nach der „Wende“ wurde versucht, Kurt Hirschs Werk durch Stasi-Vorwürfe zu diskreditieren; die Bundesanwaltschaft leitete 1994 sogar ein Spionageverfahren ein, das 1996 sang- und klanglos wieder eingestellt wurde.

Mit Kurt Hirsch verliert die antifaschistische Publizistik der Bundesrepublik einen Pionier, der mit seinem Schaffen wegweisend geworden ist für viele Jüngere, die - nicht zuletzt im „Rechten Rand“ - daran angeknüpft und weiter gearbeitet haben.

DVU-Mann jetzt bei CDU

Ein DVU-Abtrünniger fand jetzt Aufnahme bei der Hamburger CDU. Der Unternehmer Ulf Aschmotat fand durch eine Postwurfsendung zur DVU, kandidierte für die neofaschistische Partei und vertrat sie mehr als eineinhalb Jahre in der Bezirksversammlung des Stadtteils Harburg.

Nun distanziert er sich von der DVU-Politik und trat dem CDU-Ortsverband Süderelbe bei.

DER RECHTE RAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen. Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.

Einzelpreis: 3,- DM
6 Ausgaben im Abonnement:
20,- DM (Inland) 25,- DM (Ausland)

DER RECHTE RAND
Postfach 1324, 30013 Hannover
Postgiro Hannover, 44 55 86 - 301, BLZ 250 100 30

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DER RECHTE RAND bis auf Widerruf.

Name ....

Anschrift ....

Unterschrift ....

Ich habe
20,-DM (Inland)
25,-DM (Ausland) überwiesen.
20,-DM (Inland)
25,-DM (Ausland) Scheck liegt bei.

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Unterschrift ....

Andreas Speit

Gewöhnliche Deutsche

Berichte zur Stimmungslage der besiegten Deutschen in den Jahren 1944/45 endlich übersetzt

„Diese Deutschen waren derart autoritätshörig und dokumentengläubig, dass sie sich erst beruhigten, wenn wir ihre Ausweise angeschaut hatten. Sie hielten uns ihre Papiere unter die Nase, um zu beweisen, dass alles in Ordnung war. Sie klammerten sich an Geburtsurkunden, Wehrpässe, Reisegenehmigungen, Entlassungspapiere, Taufscheine, Ariernachweise, Heiratsurkunden, Sozialversicherungsnachweise, Gehaltsbescheinigungen, Arbeitsbescheinigungen, Impfpässe – an irgendwelche Papiere eben, die beweisen sollten, daß sie am Leben waren und wohl auch das Recht hatten, am Leben zu sein. Diese leidenschaftlichen Sammler von Papieren, zumal von amtlich beglaubigten, mit Unterschrift und Stempel versehenen Papieren, boten einen amüsanten Anblick, bis einem klarwurde, dass dies das Verhalten von Sklaven war, die Bürokraten anbeten. Erst viel später, als ich in Buchenwald in einer Ecke die Leichenberge und in einer anderen die sorgfältig aufbewahrten Papiere der Ermordeten sah, wurde mir eine Eigentümlichkeit der Deutschen bewußt: es macht ihnen nichts aus, Menschen zu verbrennen, aber Dokumente wurden niemals verbrannt."

Zu dieser und anderen Charakterisierungen des gewöhnlichen Deutschen kommt Saul K. Padover, nachdem er vom September 1944 bis Mai 1945 normale Männer und Frauen in den von den westlichen Alliierten befreiten Gebieten interviewt, um im Auftrag der Abteilung für Psychologische Kriegsführung der US-Armee etwas über die Mentalität der Deutschen zu erfahren. Mit professioneller Geduld befragte der 1905 in Wien als Sohn jüdischer Eltern geborene Offizier sowohl Bauerntöchter und Industrielle, als auch Nazibonzen und Kommunisten. „Wir lernten, dass direkte Fragen allzu glatte Antworten produzierten", führt Padover aus: „Wir begriffen, dass man nicht ‚Waren sie in der NSDAP?' fragen durfte. Die Anwort darauf hieß unweigerlich: ‚Ich musste in die Partei eintreten, wie alle anderen Deutschen auch.' Statt dessen fragten wir ‚Und wann *mussten* Sie in die NSDAP eintreten?'." Doch seine distanzierte Professionalität schwindet von Gespräch zu Gespräch. Padover kann es nicht mehr hören, daß sie gezwungen waren in die Partei einzutreten, dass die Nazis sie belogen und betrogen haben, ihnen alles versprochen haben, daß sie unpolitisch sind, von nichts gewußt haben und dass sie alle unschuldig sind. Er kann es immer weniger hören, je mehr er in Deutschland sieht, wie fest der Nationalsozialismus im deutschen Alltag verankert ist als „Banalität des Bösen" (Hannah Arendt). „Was würden Sie dann sagen, wenn Ihr Sohn, der in Polen Soldat ist, Greueltaten verübt?", fragt Padover, und der von Alliierten eingesetzte Aachener Bürgermeister August Wagemann antwortet: „Ich würde sagen, dass er es getan hat, weil es ihm befohlen wurde." „Geht es hier nicht auch um Moral?", hakt Padover nach. „Moral? Was hat Moral mit Krieg und Politik zu tun", betont Wagemann, und: „Ein Befehl ist unantastbar. Es wäre ein Unrecht, wenn die Alliierten Angehörige der SS und der Gestapo für Handlungen verurteilten, die sie auf Befehl ihrer Vorgesetzten ausgeführt haben."

Erschüttert resümiert Padover: „Wo ich auch hinkam, suchte ich Hinweise auf Widerstand. Doch am Ende fanden weder ich noch andere Leute eine nennenswerte Zahl von Oppositionellen, die offen oder versteckt gegen das Hitlerregime gekämpft hatten, sondern nur erbärmliche Mitläufer." Nach der Besichtigung Buchenwalds werden die Deutschen für ihn immer unerträglicher: „Überall wurde geklagt. Niemand werde je erfahren, was sie durchgemacht habe", zitiert er eine Frau im Gasthaus bei Nürnberg. „Mehrere Gäste stimmten in das Gejammer ein: keine Zigaretten, kein Kaffee, keine Sahne, kein Kino. Alle waren gut gekleidet und wohlgenährt. Ich musste an die Millionen hungernder, zerlumpter Zwangsarbeiter, an die Millionen Ermordeten denken und konnte meinen Zorn nur mit Mühe unterdrücken." Angesichts der glücklich lachenden Deutschen in Schlangen vor den Geschäften, will er nur noch nach Hause. Als er im Mai 1945 in „Stars and Stripes" die Headline „HITLER DEAD" liest, bewegt die Nachricht ihn kaum noch, zu erschüttert ist er von dem gewöhnlichen Deutschen.

Es dürfte kein Zufall sein, dass diese wichtige Quelle von dem 1981 in New York halb vergessen Verstorbenen erst nach einen halben Jahrhundert ins Deutsche übersetzt worden ist.

Saul K. Padover: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. Eichborn Verlag 1999, 336 Seiten, 44 Mark.

RCDS-Zeitung verboten

Der Rektor der Universität Potsdam, Wolfgang Loscheder, hat die Verbreitung der dritten Ausgabe des Magazins „Gaudeamus" der Potsdamer Hochschulgruppe „Ring Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) verboten.

Der Grund: „Auf einer ganzseitigen Anzeige wird für die im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen als rechtsextremistisch eingestufte Wochenzeitung: ‚Die Junge Freiheit' geworben", so die Pressesprecherin der Universität. Der Rektor sei mit dem Verbot der Ausgabe rechtsstaatlichen Prinzipien gefolgt, hieß es. Ferner fanden sich in dem Blatt noch Werbeanzeigen, in denen für das völkische „Ostpreußenblatt" der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) und für eine Berliner Verbindung, die „Landsmannschaft Brandenburg" geworben wurde. „Die Verantwortlichen sollen in jedem Fall zur Rechenschaft gezogen werden.

Wenn die RCDS-Vertreter sich nicht öffentlich vom Inhalt des Heftes distanzieren, müssen sie mit dem Ausschluß aus dem Studentenparlament rechnen", erklärte die Frauenreferentin des AStA der Universität Potsdam, Kristina Link. Der Vorsitzende des RCDS-Bundesverbandes, Mario Voigt, äußerte zu dem Vorfall, dass „jeder Einzelne" sich der „politischen Wirkungsweise seiner Handlungen bewußt sein" müsse und erklärte die Werbung für die rechtsradikalen Publikationsorgane zu einem „Fauxpas". Der stellvertretende Bundesvorsitzende Christoph Ritzer wehrte sich hingegen entschieden gegen die geäußerte Kritik. Die Anzeige, so seine Begründung, sei zwar "äußerst ungeschickt", aber "in keinem Falle rechtsradikal".